



Wortprotokoll der 11. Sitzung

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Berlin, den 12. November 2025, 14:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Saal PLH 4.200

Vorsitz: Mechthild Heil, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigiger Tagesordnungspunkt **Seite 6**

Desinformation durch autokratische Staaten
mit dem Ziel der Schwächung von Demokratie
und Bedrohung der Menschenrechte



Mitglieder des Ausschusses

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Abraham, Knut Altenkamp, Norbert Maria Geissler, Dr. Jonas Heil, Mechthild Winkelmeier-Becker, Elisabeth	Beek, Sascha van Brodesser, Dr. Carsten Erndl, Thomas Herbstreuth, Diana Röttgen, Dr. Norbert
AfD	Köhler, Achim Rothfuß, Dr. Rainer Sichert, Martin	Dietz, Thomas Krah, Dr. Maximilian Paul, Andreas
SPD	Droßmann, Falko Heinrich, Gabriela Stegner, Dr. Ralf	Castellucci, Dr. Lars Möller, Siemtje Türk-Nachbaur, Derya
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Lucks, Max Mijatović, Boris	Polat, Filiz Taher Saleh, Kassem
Die Linke	Fey, Katrin	Glaser, Vinzenz



Geladene Sachverständige

Dr. Gesine Dornblüth¹

Journalistin

Ferdinand Alexander Gehringer¹

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Dr. Johannes Hillje³

Politik- und Kommunikationsberater

Stefan Liebich⁵

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Leiter des Büros New York

Jan Mainka²

Chefredakteur und Herausgeber Budapester Zeitung

Dr. Puma Shen⁴

Abgeordneter im taiwanischen Parlament (Yuan) für die Democratic Progressive Party

¹ auf Vorschlag der Fraktion der CDU/CSU zur öffentlichen Anhörung eingeladen

² auf Vorschlag der Fraktion der AfD zur öffentlichen Anhörung eingeladen

³ auf Vorschlag der Fraktion der SPD zur öffentlichen Anhörung eingeladen

⁴ auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur öffentlichen Anhörung eingeladen

⁵ auf Vorschlag der Fraktion Die Linke zur öffentlichen Anhörung eingeladen



Fragenkatalog zur Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Thema „Desinformation durch autokratische Staaten mit dem Ziel der Schwächung von Demokratie und Bedrohung der Menschenrechte“

Formen, Akteure und Ziele von staatlicher Desinformation

Welche Mittel nutzt Russland für seine Desinformation, aus welchen Gründen und mit welchen Zielen innerhalb des Landes, in seinen europäischen Nachbarstaaten und in Deutschland? (CDU/CSU)

Gibt es einzelne Menschenrechte, die stärker als andere das Ziel von Desinformation sind? (SPD)

Wie kann Desinformation in den (sozialen) Medien strukturell erfasst werden und welche strukturellen Erkenntnisse haben Sie über systematische Informationsmanipulation durch autokratische Staaten? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche 20 Staaten sind als die führenden Akteure staatlich veranlasster Desinformation zu sehen? (Die Linke)

Begriffliche und theoretische Einordnung von Desinformation

Was ist Ihre Definition von "Desinformation", ist es Falschinformation, interessengeleitet selektive Information, Fake News, und sind diese Begriffe auch konstruktivistische Werkzeuge zur Aufrechterhaltung eines interessengeleiteten Herrschaftsdiskurses, unabhängig vom Status nicht-, semi- bzw. autoritärer Regierungen? (AfD)

Gibt es wissenschaftliche, vergleichende Studien zur Nutzung von Propaganda und Desformation in autoritären und liberalen politischen Systemen, und welche Handlungsempfehlungen leiten Sie daraus ab zur Wahrung sachlicher, neutraler und diversifizierter Berichterstattung zu politisch umkämpften Fragestellungen? (AfD)

Politische, gesetzgeberische und gesellschaftliche Gegenstrategien

Welche Bedeutung ist Desinformation im Rahmen hybrider Kriegsführung Russlands beizumessen, in welchem Ausmaß wird sie angewandt und welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die Einflusseinnahme abzuwehren? (CDU/CSU)

Welche staatlichen Maßnahmen sollten ergriffen oder verstärkt werden, um gegen Desinformation allgemein vorzugehen? (SPD)



Wie reagieren einerseits staatliche Strukturen in Taiwan und andererseits die Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit auf systematische Desinformation und Informationsmanipulation durch autokratische Staaten und welche Empfehlungen haben Sie darauf basierend an die deutsche Politik und die Gesellschaft im Umgang mit manipulierter Information und z.B. gefälschten Profilen in sozialen Medien? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welcher legislativ zu implementierender, allseitig gegen die Nutzung von Einfallstoren für Beeinflussung wirkender Mechanismen, Maßnahmen und Frühwarnsysteme bedarf es? (Die Linke)



Einzigster Tagesordnungspunkt

Desinformation durch autokratische Staaten mit dem Ziel der Schwächung von Demokratie und Bedrohung der Menschenrechte

Die **Vorsitzende**: Ein herzliches Willkommen in die Runde. Ich begrüße Sie zu unserer Anhörung im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Schön, dass Sie teilnehmen. Ein besonderes herzliches Willkommen unseren Gästen. Wir haben heute nur ein Thema auf der Tagesordnung, unsere öffentliche Anhörung zum Thema Desinformation durch autokratische Staaten mit dem Ziel der Schwächung von Demokratie und Bedrohung der Menschenrechte. Dazu begrüße ich allen voran unsere Sachverständigen. Wir machen das alphabetisch. Frau Dr. Gesine Dornblüth als Journalistin, Ihnen ein herzliches Willkommen. Herr Ferdinand Alexander Gehringer von der Konrad-Adenauer-Stiftung, auch Ihnen ein herzliches Willkommen. Dr. Johannes Hillje, Politik- und Kommunikationsberater, schön dass Sie hier sind. Stefan Liebich, Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in New York, der uns per Video zugeschaltet ist – der Einzige, der heute per Video teilnimmt – auch Ihnen ein herzliches Willkommen aus Berlin. Jan Mainka ist da, der Chefredakteur und Herausgeber der Budapester Zeitung. Und Dr. Puma Shen, Abgeordneter im taiwanischen Parlament für die Demokratische Progressive Partei. Sie hatten die längste Anreise, herzlich Willkommen! Es wird auch für Sie gedolmetscht; ich hoffe, Sie verstehen uns. Die Kolleginnen und Kollegen im Saal begrüße ich herzlich. Wir hatten uns teilweise heute Morgen schon kurz gesehen. Den Gästen auf der Tribüne, die wir heute wieder zahlreich haben, danke ich, dass Sie zugegen sind. Ein paar Dinge dürfen Sie als Gäste nicht machen: Beispielsweise Beifallklatschen und Buhrufen. Aber wenn Sie sich im normalen Rahmen benehmen, dann funktioniert das hier heute Nachmittag mit uns. Schön, dass Sie da sind, denn wir tagen öffentlich. Die Anhörung wird live übertragen. Auch allen ein herzliches Willkommen, die uns vielleicht zuhören und die Sitzung an den Bildschirmen verfolgen. Hoffentlich wird es auch für Sie ein spannender Mittag. Schön, dass Sie eingeschaltet haben. Es gibt im Anschluss ein Wortprotokoll und, wie gesagt, eine Live-Übertragung; die Aufzeichnung können Sie später auf den Seiten des Bundestages sehen. Wir haben Stellungnahmen der

Sachverständigen vorliegen. Auch Sie an den Bildschirmen können diese später, wenn Sie eingestellt sind, auf den Seiten des Bundestages einsehen. Wir haben ein festes Verfahren. Es ist in dieser Wahlperiode die erste Anhörung, deshalb vielleicht zur Erläuterung, wie unser Verfahren aussieht: Ich werde gleich in alphabetischer Reihenfolge die Sachverständigen aufrufen. Die Sachverständigen haben dann drei Minuten Zeit, ihr Eingangsstatement abzugeben. Dann schließt sich eine Fragerunde an. Für Sie an den Bildschirmen, es gibt eine Reihenfolge, die stärkste Fraktion fängt an – das ist die CDU/CSU – es folgt die Opposition und zwar nach Fraktionsstärke die AfD; sodann folgen die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie schließlich die Fraktion Die Linke. Die Fragen an die Sachverständigen sollten nicht länger als zwei Minuten dauern; die Sachverständigen haben dann vier Minuten Zeit zu antworten. Sie werden auf dem Bildschirm, sehen, dass eine Uhr mitläuft. Wir werden sehen, wie wir vorankommen. Geplant sind zwei Runden, aber das werden wir sehen je nachdem, wie viele Fragen gestellt werden und wie wir das Zeitkontingent einhalten. Wenn Sie damit einverstanden sind – und ich sehe keinen Widerspruch – dann machen wir das so. Es kann sein, dass auch Gäste aus anderen Ausschüssen an den Bildschirmen sind, die sind natürlich auch herzlich willkommen. In den Fraktionen ist wahrscheinlich abgesprochen, ob sie Rederecht haben. Ich gehe davon aus, dass die Kollegen damit einverstanden sind, wenn ein Mitglied eines anderen Ausschusses spricht. Auch insoweit sehe ich keinen Widerspruch. Dann können wir anfangen. Als Erste hat Frau Dr. Dornblüth das Wort.

Dr. Gesine Dornblüth (Sachverständige): Herzlichen Dank für die Einladung zu diesem extrem wichtigen Thema. Pro-russische Desinformation hat ein Ausmaß angenommen, das unseren Diskurs und damit unser demokratisches Miteinander massiv bedroht. Sie ist deshalb ein Sicherheitsrisiko. Pro-russische Desinformation lügt vorsätzlich, verzerrt und ignoriert Fakten mit dem Ziel, Stimmungen im Sinne des Kremls zu beeinflussen. Stimmungen im Sinne des Kremls heißt möglichst viel Zank, um Nebensächliches, Verunsicherung, damit die Menschen nicht mehr erkennen, was richtig und was falsch ist. Das Vertrauen in Institutionen und Menschen wird zerstört. Desinformation ist ein zentraler Bestandteil des russischen hybriden



Krieges gegen demokratische und offene Gesellschaften. Russland weitet seine Desinformation aus. Für 2026 sieht der russische Haushaltsentwurf die Rekordsumme von umgerechnet rund 1,5 Milliarden Euro für Propagandamedien vor. Erstmals intensiviert hat Russland seine Desinformationskampagnen mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine 2014. Die Menschen in der Ukraine sollten glauben, dass Russischsprachigen in ihrem Land ein Genozid droht und dass dort Nazis an die Macht gekommen sind. Die Falschbehauptungen wurden in russischer Sprache vor allem über die staatlichen und staatsnahen russischen Fernsehsender, auch in der Ukraine, verbreitet. Mittlerweile gibt es ein Netzwerk von Akteuren, die die Kreml-Narrative über Social-Media-Plattformen nahezu weltweit, auch in Fremdsprachen, in die Öffentlichkeiten einspeisen. In Deutschland helfen unter anderem kremlfreundliche Parteien wie AfD und BSW aktiv dabei, pro-russische Desinformation zu verbreiten. Vor der Bundestagswahl 2025 geriet Deutschland in den Mittelpunkt pro-russischer Desinformation. Das gemeinnützige Center für Monitoring, Analyse und Strategie, CEMAS, hat binnen eines Monats mehr als 630 Posts russischer Accounts allein auf der Plattform X gezählt, die darauf zielten, Desinformation über die Bundestagswahl und die Parteien zu verbreiten. Inhaltlich geht es bei den Kampagnen vor allem darum, Stimmung gegen die Ukraine und ihre Unterstützer zu machen und Zweifel am Sinn der, wegen des russischen Angriffskriegs, gegen Russland verhängten Sanktionen zu streuen. Darüber hinaus will Desinformation, wie schon erwähnt, das Vertrauen der Bürger in Politik und Institutionen untergraben, auch das Vertrauen in unabhängigen Journalismus. Desinformation diskreditiert seriösen Journalismus als angeblichen Mainstream. Sie zielt darauf, dass die Bürger nicht mehr wissen, wem sie glauben können. Der russischen Desinformation ist etwas gelungen, vor dem Hannah Arendt bereits 1951 gewarnt hat. Der ideale Untertan totalitärer Herrschaft ist nicht der überzeugte Nazi oder engagierte Kommunist, sondern es sind Menschen, für die der Unterschied zwischen Fakten und Fiktion, wahr und falsch, nicht länger existiert. Es gibt ein Gegenmittel zum Gift der Desinformation, das ist Wissen. Es geht nicht nur um Faktenwissen über Russland, über die Ukraine, es geht auch um das Wissen, wie Journalismus funktioniert und wie auf der anderen Seite Desinformation arbeitet und wie gefährlich

sie ist. Die pro-russischen Kampagnen ähneln einander. Wer weiß, wie sie funktionieren und wer mit ihnen rechnet, ist weniger anfällig. Wir brauchen deshalb endlich eine stärkere Medienpädagogik in den Schulen und in der Erwachsenenbildung. Wir brauchen starken, unabhängigen Journalismus und Politiker, die diesen respektieren, statt ihn verächtlich zu machen. Vielen Dank.

Ferdinand Alexander Gehringer (Sachverständiger): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten, liebe Gäste, zunächst einmal herzlichen Dank für die Einladung und für die Möglichkeit, heute Nachmittag ein paar Einschätzungen zum besagten Thema abgeben zu dürfen. Staatlich gesteuerte Desinformation ist heute eines der wirkungsvollsten Instrumente autoritärer Staaten, um Demokratien von innen zu schwächen. Wir sehen sie nicht mehr als beiläufiges Kommunikationsphänomen, nein, Desinformation ist zum Risiko für Gesellschaft von Staaten und zum Risiko für gesellschaftlichen Zusammenhalt geworden. Russland steht hier an vorderster Front und ist die größte Bedrohung für Deutschland. Russische Desinformationsaktivitäten kombinieren staatliche Medien, Geheimdienststrukturen, Troll-Netzwerke und KI-generierte Inhalte zu einem hochgradig vernetzten Ökosystem. Ziel ist es, die gesellschaftliche Spaltung zu vertiefen, das Vertrauen in demokratische Prozesse und Strukturen zu untergraben und die Handlungsfähigkeit der westlichen Staaten zu schwächen, etwa bei der Unterstützung der Ukraine. Doch Desinformation betrifft nicht nur Sicherheit, nein, sie betrifft auch Menschenrechte. Sie unterläuft die Meinungs- und Informationsfreiheit, gefährdet freie Wahlen und befeuert Diskriminierung. Der Schutz eines freien pluralistischen Informationsraums ist damit eine menschenrechtliche Aufgabe. Hieraus ergeben sich Schwerpunkte für Deutschland in der Prävention, Detektion und in der Reaktion. Erstens, Verständnis erweitern. Zunächst ist es entscheidend, den kognitiven Bereich stärker zu erfassen. Desinformation wirkt kognitiv, sie richtet sich gegen die Wahrnehmung, Entscheidungslogiken und das Vertrauen in Institutionen. Zweitens, Monitoring ausbauen. Ein dauerhaftes, plattformübergreifendes Monitoring des Informationsraums ist unerlässlich, nicht nur reaktiv, sondern präventiv. Dazu gehören Frühwarnsysteme und klare Zuständigkeiten, um ein



noch besseres Verständnis von Akteuren aufzubauen und vor allen Dingen eines, um *Prebunking* zu ermöglichen. Drittens, Kommunikation anpassen. Strategische Kommunikation muss als Teil der Sicherheitsarchitektur verstanden werden. Der Staat darf den öffentlichen Deutungsraum nicht autoritären Akteuren überlassen. Er muss konsistente, faktenbasierte Botschaften senden, dazu gehört die Erzählung als Nation, um der Einflussnahme etwas entgegenzusetzen, aber auch die Gegenkommunikation im Rahmen von Kampagnen. Hier müssen wir aus der passiv-defensiven Haltung herauskommen. Im Verbund mit anderen Staaten der Europäischen Union reagieren, um Kampagnen und deren Reichweite flächendeckender zu begegnen. Viertens, Resilienz fördern. Wir müssen die gesellschaftliche Resilienz stärken durch Medienkompetenz, unabhängigen Journalismus und zivilgesellschaftliche Beteiligung, *Gamification* nutzen und *Influencer* in Aufklärungskampagnen integrieren. Desinformation zielt auf den Geist unserer Demokratie. Unsere Antwort muss deshalb nicht nur technisch, sondern auch normativ sein, mit Transparenz, Klarheit und Vertrauen als politische Strategie. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und verweise im Übrigen auf meine schriftliche Stellungnahme.

Dr. Johannes Hillje (Sachverständiger): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Gäste. Erstmal herzlichen Dank für die Einladung zu dieser wichtigen Anhörung. Ich möchte in diesem Eingangsstatement zwei einleitende Anmerkungen machen, bevor wir dann sicher später in der Fragerunde auch noch näher auf Gegenstrategien eingehen. Zunächst eine Begriffsklärung meinerseits. Ich halte den Begriff Desinformation für wenig geeignet, um über das zu sprechen, worüber wir heute sprechen wollen, weil dieser Begriff den Fokus zu einseitig auf den Inhalt von einzelnen Botschaften lenkt – also die einzelne Lüge, den Deepfake, die Verschwörungserzählung usw. Diese Inhalte sind aber in erster Linie ein Mittel zum Zweck. Sie sind Werkzeuge einer Strategie, die das Ziel verfolgt, Gesellschaften, vor allem demokratische Gesellschaften und Systeme, zu destabilisieren. Erreicht werden soll dies, indem Vertrauen systematisch zerstört wird. Menschen sollen nicht mehr wissen können, was wahr ist, was falsch ist. Die gemeinsame Faktenbasis soll eliminiert werden. Es geht bei Desinformation um eine Strategie

der Informationsmanipulation. Dieser Begriff Informationsmanipulation ist auch der, den ich für präziser halte, weil er Inhalt und Strategie gleichsam benennt. Zu meiner zweiten Anmerkung. Diese Anhörung trägt den Titel Desinformation durch autoritäre Staaten mit dem Ziel der Schwächung von Demokratie und Bedrohung der Menschenrechte. Ich würde gerne betonen, dass es hier um eine Herausforderung geht, die nicht allein von ausländischen Akteuren ausgeht, sondern auch von inländischen Akteuren, selbst aus deutschen Parlamenten heraus. Dabei werden russische Narrative vollständig oder in Teilen in die deutsche Öffentlichkeit getragen, zum Beispiel im April 2022 zum grausamen Massaker in Butscha. Oder: Letzte Woche wird ein Berater von Donald Trump hier in die Räumlichkeiten des Bundestages eingeladen, um dann in seiner Rede den menschengemachten Klimawandel zu leugnen. Sehr geehrte Damen und Herren, die Gefahrenquelle von Informationsmanipulation, sollten wir nicht allein im Ausland suchen, wir müssen ihr auch im Inland begegnen. Wir haben es mit global vernetzten Kommunikationsallianzen zur Destabilisierung von demokratischen Gesellschaften zu tun. Herzlichen Dank.

Stefan Liebich (Sachverständiger): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, vielen Dank für die Einladung und schöne Grüße aus New York City. Ich freue mich auch, einige ehemalige Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestag wiederzusehen. Ich möchte den anderen Sachverständigen für ihre Beiträge danken, von den meisten habe ich viel gelernt. Ich verweise ebenfalls auf meinen schriftlichen Beitrag und ergänze ihn hier mündlich. Im Dezember 2021 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen ihre Sorge über fortgesetzte Desinformation geäußert. Generalsekretär António Guterres hat daraufhin einen Bericht vorgelegt, und hat darauf Bezug genommen, dass Artikel 19 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die Freiheit, Informationen zu suchen, zu bekommen und weiterzugeben, die Meinungsfreiheit festgelegt sind, und das ist das Recht, was aus meiner Sicht, am stärksten durch Desinformation beeinträchtigt wird. Allerdings sagt der Bericht auch, dass es in den Vereinten Nationen kein gemeinsames Verständnis von Desinformation gibt. Das liegt auch in der Natur der Sache, wenn man sich die Zusammensetzung der Vereinten Nationen anschaut. Deswegen beziehe ich mich auf die



Definition durch den UN-Sonderberichterstatter für die Förderung und den Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung. Er hat Desinformation als falsche Informationen, die absichtlich verbreitet werden, um ernsthaften sozialen Schaden zu verursachen, definiert und das sehe ich auch so. Die Vereinten Nationen empfehlen – das war eine der Fragen – anstelle von legislativen Maßnahmen, dass Staaten sich vor allem für freie und unabhängige Medien einsetzen sollten, diese fördern und schützen, für viel Transparenz und Zugang zu Informationen sorgen sollten, um das Vertrauen in öffentliche Institutionen, Regierungsführung und Prozesse zu stärken. Sie sagen aber auch – und da kommt es dann eben zu einer Grenze –, dass Propaganda für Krieg oder Aufstachelung zu nationalem, rassistischem oder religiösem Hass, die zu Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt anstiftet, gesetzlich verboten werden sollten. Das ist sogar festgelegt im Pakt für bürgerliche und politische Rechte. Dieser Pakt ist von der Bundesrepublik Deutschland 1973 ratifiziert worden und seit 1976 ist er in Kraft. Er ist also auch eine Aufgabe für die Bundesrepublik Deutschland. Mir ist eines wichtig: Ich glaube, dass wir neben gesetzgeberischen Maßnahmen und der notwendigen und klaren Kritik von Entwicklungen autokratischer Staaten – und da schließe ich mich meinen Vorrednern an – auch darauf achten müssen, dass Akteure in demokratischen Staaten nicht mit zweierlei Maß messen und dann auch dort Kritik äußern, wo es jene Länder betrifft, mit denen wir wirtschaftlich oder historisch verbunden sind. Hier verweise ich auf die aktuelle Liste der Feinde der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen. Da sind eben neben Wladimir Putin oder Nicolás Maduro auch die israelischen Streitkräfte oder Brendan Carr, der Vorsitzende der Medienregulierungsbehörde in den USA benannt. Hier nicht zu schweigen, würde die Glaubwürdigkeit der Kritik an autoritären Staaten erhöhen. Vielen Dank.

Jan Mainka (Sachverständiger): Vielen Dank für die Einladung. Ich begrüße die Teilnehmer. Vielen Dank für die Worterteilung, Frau Vorsitzende. In meinem Statement habe ich schon gesagt, dass ich erstmal ganz prinzipiell etwas zu bedenken gebe, denn in dem Titel dieser Veranstaltung „Desinformation durch autokratische Staaten mit dem Ziel der Schwächung von Demokratie und Bedrohung der Menschenrechte“ sind vier typische

Standardvorwürfe enthalten, die man gegenüber Ländern äußert, die nicht so ganz auf der Linie sind und wo man sich als das groß moralisch erhobene Deutschland das Recht einzuschätzen anmaßt: das ist demokratisch, das ist undemokratisch, das ist Desinformation, das ist keine Desinformation. Am Beispiel von Ungarn – wer meine Stellungnahme liest, es sind nur vier Seiten – habe ich detailliert aufgeschrieben, wie es in Ungarn aussieht. Ich habe das Bild, das in den deutschen Mainstreammedien kolportiert wird über Ungarn, gegenübergestellt mit der Wirklichkeit in Ungarn. Da gibt es ein eklatantes Auseinanderklaffen. Ich kenne mich zufällig in Ungarn aus. Ich lebe da seit 1988. Ich spreche die Landessprache, was viele der selbsternannten Ungarn-Kritiker halt nicht können. Ich weiß, wovon ich rede. Ich sehe, dass da große Unterschiede sind zwischen dem Klischeebild über Ungarn und dem real existierenden Ungarn, wie ich es als Journalist wahrnehme. Ich möchte hier in die Runde geben, bei allem erheben über andere Länder - Hier war jetzt viel von Russland die Rede, alles, was dort herkommt, ist natürlich nur Desinformation, und was in der Tagesschau kommt, ist natürlich alles positive, richtige, wahre Information. Wenn Russland in Propaganda investiert, ist das böse, wenn - gerade gestern las ich davon - beispielsweise eine riesige Summe in die Bundespressekonferenz investiert wird, dann ist das okay. Denn Deutschland ist auf der moralischen Siegerseite, auf der guten Seite. Da ist alles immer in einem anderen Kontext. Ich rufe auf, sich diese Sachen, die man kritisiert, erstmal genau anzuschauen und zu schauen, wie da die Faktenlage ist.

Dr. Puma Shen (Sachverständiger): Haben Sie vielen Dank. Es ist für mich eine besondere Ehre, heute hier zu sein. Kürzlich hat die chinesische Regierung bekanntgegeben, dass ich wegen meiner akademischen Arbeit über Desinformation und meiner Aufklärungsarbeit in Taiwan gesucht werde. Zudem hat sie mich erst vor wenigen Tagen gewarnt, dass mir bei Auslandsreisen weltweit die Verhaftung droht. Und doch bin ich hier in Deutschland und spreche über meine Untersuchungen, mein Land, die Meinungsfreiheit und die Verteidigung der demokratischen Werte, die wir alle teilen. Für diese Gelegenheit danke ich Ihnen. Beginnen möchte ich mit einer Definition. Der Begriff Desinformation hat weite Verbreitung gefunden. Doch Diskussionen über die genaue Definition, ob



eine Nachricht bösartig ist oder nicht, führen oft in eine Sackgasse. Solche Unterscheidungen können im Rechtsbereich bedeutsam sein, in politischer Perspektive liegt das eigentliche Problem jedoch woanders. Aus analytischer Sicht sollte Desinformation als Teil eines ganzen Informationsökosystems verstanden werden, einer Struktur, die die Asymmetrie zwischen offener und geschlossener Gesellschaft offenbart. Lassen Sie mich das erklären. Der Kern moderner Informationsangriffe beschränkt sich nicht auf *Fake News*. Es geht eher um Verschwörung. Wenn ich etwa hier in Deutschland vortrage, können autoritäre Länder umgehend die Verschwörungstheorie verbreiten, dass ich von Deutschland finanziert werde – was nicht der Fall ist. Doch Menschen könnten dieses Narrativ für wahr halten, und zwar nicht nur wegen der Desinformation oder Verschwörung, sondern aufgrund zweier entscheidender struktureller Faktoren. Zum einen verfügen autoritäre Staaten über enorme Ressourcen und Kanäle, um solche Botschaften zu verbreiten. Sie investieren immens, um weite Verbreitung zu erreichen. Im Gegensatz dazu sind demokratische Länder durch Kosten und demokratische Kontrolle eingeschränkt. Nur ein Beispiel: Im Jahr 2023 meldete Google, dass es täglich im Durchschnitt 200 YouTube-Kanäle löschte, die mit der chinesischen Regierung in Verbindung standen – nicht 200 Videos, sondern 200 Kanäle jeden Tag! Welche demokratische Regierung könnte jeden Tag koordinierte Inhalte in diesem Umfang erstellen? Zum anderen unterliegen die grenzüberschreitenden Informationsaktivitäten nicht der innerstaatlichen Aufsicht. Die Bürger hier in Deutschland oder in Taiwan können ausländische Inhalte frei empfangen, aber die Regierung, die hinter diesen Inhalten steht, ist gegenüber den demokratischen Institutionen des Empfängerlandes nicht rechenschaftspflichtig. Diese beiden Faktoren, die unbegrenzten Mittel und das Fehlen demokratischer Kontrolle, erklären, warum autoritäre Desinformationskampagnen so gefährlich und schwer zu bekämpfen sind. Und genau das macht sie zu einer großen Gefahr für die Demokratie. Deshalb werde ich mich in meinen späteren Erklärungen und in der Frageunde stärker darauf konzentrieren, wie Desinformation verbreitet wird, als auf den Inhalt selbst. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Die **Vorsitzende**: Wir danken Ihnen. Wir kommen dann schon zur Fragerunde. Wir starten mit der

CDU/CSU. Wie gesagt, zwei Minuten für die Frage, Herr Abraham. Die Sachverständigen haben dann vier Minuten Zeit für die Antwort. Wenn Sie dann noch sagen, wen Sie fragen, wäre es sehr gut.

Abg. Knut Abraham (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich möchte gerne da anknüpfen, wo der Experte aus Taiwan, Herr Dr. Shen, gerade aufgehört hat, nämlich bei der Entstehung von Desinformation. Meine Frage richtet sich an Frau Dornblüth und an Herrn Gehringer. Wie wird Desinformation oder – den Begriff fand ich auch gut – Informationsmanipulation organisiert? Wie muss man sich das vorstellen in einem staatlichen Apparat? Gibt es da eine Abteilung, einen *Think Tank*, der sagt, in vier Jahren sind wieder Bundestagswahlen, bis dahin müssen wir Informationszersetzung organisieren und dazu brauchen wir Medien oberhalb der Oberfläche, unterhalb der Oberfläche. Wie muss man sich das vorstellen? Wie kommt es zu den Ergebnissen, die wir dann sehen in den Kampagnen etwa über *Social Media*? Gibt es dazu Erkenntnisse?

Dr. Gesine Dornblüth (Sachverständige): In Russland kann man seit langer Zeit beobachten – und ich möchte vor allen Dingen über Russland reden, weil das das Gebiet ist, in dem ich mich auskenne. In Russland kann man seit langer Zeit beobachten, dass es kommunikativ so läuft, dass Wladimir Putin etwas sagt. Ehe er sich nicht dazu geäußert hat, äußert sich auch kein anderer. Dann wiederholen das bald andere Politiker und auch die staatlichen und staatsnahen Medien. Bald findet man dann diese Formulierungen auch im Ausland wieder. Es wird in den letzten Jahren gezielt organisiert über den Propagandaapparat, also die Staatsmedien. Und es gibt in Russland selbst so gut wie keine unabhängigen Medien mehr, die relevant sind, auch für die russische Öffentlichkeit. Wenn wir jetzt über das Ausland reden, ist es so, dass es tatsächlich Agenturen gibt, die ganz genau, zielgerichtet, Diskurse und Schwachstellen analysieren in bestimmten Ländern, die zum Beispiel wissen, dass das deutsche Publikum ganz besonders auf Geschichten reagiert, die mit Russland und Sowjetunion, der deutschen Vergangenheit, der deutschen Schuld zusammenhängen. Sowas wird gezielt ausgenutzt. Es gibt Blogger, Influencerinnen und Influencer, die im Ausland sitzen und in



unterschiedlichen Sprachen diese Narrative verbreiten, über *WhatsApp*, über *X*, über was auch immer, bis diese Narrative schließlich, in den deutschen Diskurs einsickern, hier von bestimmten Politikern wiederholt werden. Da schließt sich dann wiederum der Kreis, weil diese Stimmen dann wiederum von den russischen Medien in Russland aufgegriffen werden, die sagen, das ist aber die Meinung von dem Abgeordneten XY, sagen wir der AfD, stellvertretend für die deutsche Öffentlichkeit. Das ist die Stimme des Volkes, die gegenüber der angeblichen Meinungs- und politischen Elite nicht durchkommt.

Ferdinand Alexander Gehringer (Sachverständiger): Vielen Dank für die Frage. Ich würde neben einigen Ergänzungen auch noch einen zusätzlichen Aspekt einbringen wollen. Es ist so, dass die russische Desinformation auf tief gewachsene Strukturen zurückgreifen kann. Dass es seit den 60er Jahren im KGB-Abteilungen gibt, die sich konkret mit Propaganda, mit der Einflussnahme in anderen Staaten, über Informationen, über manipulierte Informationen auseinandersetzen. Gleichzeitig hat man mittlerweile ein ganzes Netzwerk aufgebaut, wo man vor allen Dingen mittlerweile auf die Plattformen zurückgreift. Im Wesentlichen sind es viele zentrale Akteure, das ist *Russia Today*, *Sputnik*, *TASS*, *RIA Novosti*, die als Hauptakteure fungieren und dann über verdeckte zusätzliche Netzwerke wie *InfoRass*, wie *Infobricks* und *One World Press*, versuchen in die Breite zu stoßen, um die Narrative, wie die Kollegin Dornblüth schon gesagt hat, die aufkommen, die festgelegt werden und bestimmt werden, in die Breite zu tragen. Ein wesentliches Element, um das Ganze in die Breite zu tragen sind die Plattformen, die sozialen Medien, wo man versucht, über Troll-Farmen und Bots-Einrichtungen – Ich glaube, den meisten hier im Raum dürfte die *Internet Research Agency* ein Begriff sein – eine Agentur, die extra geschaffen wurde, um sich mit dem digitalen Raum viel intensiver auseinanderzusetzen, um dort gewisse Kampagnen zu verbreiten und sie zu beschleunigen. Wir haben eine umfangreiche Kampagne, die immer noch nicht in Gänze gestoppt wurde, über die Doppelgänger-Kampagne, auf die auch zurückgegriffen wird, können wir beobachten wie versucht wird, scheinbar etablierte Medien in Zielländern, beispielsweise in Deutschland, zu manipulieren. Das sind dann täuschungsechte Webseiten von bei uns

etablierten Medien, die dann mit anderen Inhalten gefüllt werden. Sie kennen die Art des Konsums im sozialen, im digitalen Raum – sehr schnell, auf Bilder angesprochen. Wenn man das Vertraute kennt, klickt man drauf und wenn dann noch eine Headline, die die Emotionen angreift, dahintersteckt, dann umso mehr. Das Ganze wird noch über die Plattformen *TikTok*, *X*, *Telegram*, *WhatsApp* verbreitet und teilweise wird das verstärkt durch *Kremlin Amplifiers* – also durch Personen, die als *Influencer* agieren, die das zum einen nach innen, ins eigene Land vergrößern, aber auch in gewisse *Bubbles* im Ausland verbreiten, um so dem Ganzen nochmal eine andere Strahlkraft zu geben. Was ganz entscheidend ist, dass beispielsweise Russland den Cyber- und den Informationsraum nicht trennt. Das heißt, es kann sein, dass eine gewisse Cyber-Operation gepaart wird mit einer Informations-Operation. Wir haben Befürchtungen, dass, wenn irgendwo Informationen oder Daten abgegriffen werden durch eine Cyber-Operation, dass dadurch auch sogenannte *Hack-and-Leak-Operationen* passieren können. Das heißt, dass Informationen, die manipuliert werden, in einen Kontext versetzt werden, der nicht mehr der Wahrheit entspricht, um dadurch ein anderes Narrativ zu schüren. Ein Aspekt, auf den ich noch gesondert eingehen wollen würde, ist die sogenannte digitale Waschanlage. Das sind die Enthüllungen rund um das *Pravda*-Netzwerk. Das heißt, es wurde herausgefunden, dass diese *Large-Language-Models*, *ChatGPT*, *Co-Pilot* – Sie kennen sie alle – mit Narrativen gefüllt wurden, die russische Narrative bedienen, um dementsprechend noch einmal eine Amplifizierung zu erzeugen. Das nennt man *LLM-Grooming*, *Large-Language-Model-Grooming*, um die eigene Narrative viel intensiver zu verbreiten. Sie alle wissen, wie sehr man im Gesellschaftlichen mittlerweile auf die Stimme der KI hört, auf die Stimme der LLMs hört, und es war bei den Enthüllungen so, dass die führenden KI-Modelle in 33 Prozent der Fälle, beispielsweise Kremlerzählungen, einfach rezipiert haben, aufgenommen haben und dann als KI-Position in die Breite getragen haben. Danke Ihnen.

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank. Dann hat das nächste Wort der Kollege von der AfD, Herr Dr. Rothfuß.



Abg. Dr. Rainer Rothfuß (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine erste Frage richtet sich an Jan Mainka. Ich würde gerne wissen, wie die Situation in Ungarn ist, wenn es um das Ausleben von Meinungsfreiheit, in Form von Demonstrationen, auch regierungskritischer Art geht. Wie schätzen Sie die Wahrung der Rechte von Dissidenten, von Oppositionellen dort ein, auch bei Beleidigungstatbeständen? Dann würde mich noch interessieren, es gibt den Vorwurf seitens Israel gegenüber deutschen Medien, dass eine gewisse Tendenziosität in der Schilderung der Vorgänge im Israel-Gaza-Konflikt bestehen würde. Ich möchte das jetzt nicht bewerten, aber die Frage ist meinerseits, gibt es ähnliche Vorwürfe auch gegen ungarische Medien? Das wäre die Frage nach möglicher Desinformation in diesem Bereich. Dann hätte ich gerne noch eine zweite Frage gestellt an Sie, Frau Dr. Dornblüth. Sie haben davon gesprochen, dass die russische Regierung 1,5 Milliarden Euro – glaube ich waren das – für Propagandamedien ausgibt. Ich wollte gerne fragen, für was genau werden diese 1,5 Milliarden ausgegeben, weil es wahrscheinlich keine Propagandamedien, die spezifisch so ausgewiesen sind, gibt, auch nicht in Russland. Ist das allgemein die öffentliche Medienberichterstattung, die dieses Budget hat, was bei einem Einwohnerbestand von 140 Millionen nicht unbedingt überwältigend groß wäre im Vergleich zu 9 Milliarden bei 85 Millionen Einwohnern in Deutschland? Ich sehe mal über Dinge hinweg, dass die AfD russische Desinformation verbreitet, aber mich würde in diesem Kontext trotzdem interessieren, ob Sie zum Beispiel das SPD-Friedensmanifest „Mehr Diplomatie statt Aufrüstung“ – das kam vom Erhard-Eppler-Kreis, einer der Co-Autoren sitzt hier, Ralf Stegner – ob Sie das auch als Wirkung von Desinformation seitens Russlands sehen, weil das komplett auf AfD-Linie wäre, oder sind Sie einfach ein bisschen zu parteiisch? Danke.

Jan Mainka (Sachverständiger): Danke für die Frage. Das war jetzt ein ganz schöner Komplex zur Beantwortung mit Blick auf Ungarn. Ich habe mal ein paar Stichpunkte gemacht, vielleicht können Sie mir dann noch Stichworte geben, wenn ich irgendwas übergangen habe, was wichtig wäre. Thema Meinungsfreiheit: Im Gegensatz zu dem, was über Ungarn kolportiert wird, dass bei uns die Meinungsfreiheit eingeschränkt oder abgeschafft wäre und die Pressefreiheit nicht mehr existiert, kann ich hier die gute Nachricht geben, dass in

Ungarn eine sehr ausgeprägte Meinungsfreiheit existiert. Wir haben ein sehr großes Medium-Spektrum, alle Medien können frei berichten, ich selbst habe auch ein Medium, kann frei berichten. Ich weiß auch von Kollegen, es gibt keinerlei Eingriff in unseren redaktionellen Alltag oder in unsere Verlage gibt, dass eventuell Konten gesperrt werden, dass es Anschläge gibt auf Journalisten, oder dass mal ein Journalist bei Ausübung seines Dienstes ein oder zwei Autos verliert – soll es alles schon mal gegeben haben, ich sage nicht wo. In Ungarn gibt es sowas jedenfalls nicht. Jeder kann sich frei äußern, auch normale Bürger können beliebig, was sie wollen, sagen, da passiert nichts. Niemand muss seinen Bademantel griffbereit haben, in Erwartung eines Besuches, den er nicht eingeladen hat. Es kann alles kritisiert werden, kann auch hart kritisiert werden. Der Schlachtruf der ungarischen Opposition ist zum Beispiel, „Orbán ist ein Wichtser“ – so heißt es wirklich. Es gibt eine nette Abkürzung, „O-1-G“, das kann man auf Ungarisch schön abkürzen. Das sieht man überall, tausend, zehntausendfach, wird überall skandiert, wenn die Opposition auf die Straße geht, aber es gab noch nie eine einzige Klage deswegen. Wenn man das in Ungarn wie in Deutschland machen würde, dann könnte man die ganze Opposition lahmlegen und ganz schön Geld abschöpfen. Aber das macht man nicht, weil es einfach unter der Würde ist, von der regierenden Partei auf sowas einzugehen. Das muss man aushalten als Politiker. Es gibt keinen Paragraphen der Majestätsbeleidigung oder sowas. Wer sich exponiert als Politiker, muss auch einstecken können und fertig. Das gehört dazu und Punkt. Das, was ich sehr wertvoll finde in Ungarn, der Wettbewerb zwischen den Parteien vollzieht sich komplett gewaltfrei. Hier werden keine Autos abgefackelt wie hier der Fall, Bernd Baumann, sowas ist in Ungarn unbekannt. Seit 2010, das ist der Zeitraum, der Sie besonders interessieren wird – also seit die zweite Orbán-Regierung an die Macht gekommen ist und sich an der Regierung hält – wurde kein einziges Auto aus politischen Gründen abgefackelt. Es gab keine Angriffe auf Parteibüros, was ja in Deutschland inzwischen Alltag ist. Es gab keine Angriffe auf Personen. Jede Partei kann ihren Straßenwahlkampf angstfrei führen. Da ist kein großes Polizeiaufgebot notwendig. Die stehen an öffentlichen Plätzen. Oppositionen, Regierungsanhänger sammeln Unterschriften oder verteilen irgendwas. Völlig angstfrei. Da gab es nie irgendwelche



Angriffe auf solche Leute. Von daher, das finde ich sehr demokratisch, wie es bei uns zugeht, dass alle Parteien sich entsprechend darstellen können. Das ist übrigens auch der Hintergrund. Sie haben vielleicht mitbekommen, es gibt einen starken Orbán-Herausforderer, die Partei TISZA von Péter Magyar. Der kam deswegen hoch, weil in Ungarn Parteien frei hochkommen können. Innerhalb von gut einem Jahr ist er – einige sagen Kopf an Kopf mit Fidesz – aufgestiegen. Das ist deswegen möglich, weil man in Ungarn völlig frei politisieren kann. Er hat Großdemos organisiert, zu denen die Leute auch gerne kamen. Deswegen wurden die auch so groß. Da musste keiner Angst haben, dass irgendwelche Politterroristen kommen und ein paar Leute zusammenschlagen. Er konnte die Leute sammeln, konnte Geld sammeln. Da werden keine Kunden gesperrt oder sonst was. Er konnte frei in den Medien seine Sachen sagen. Es gibt in Ungarn Medien, sogar TV-Stationen, die der Opposition zuzurechnen sind. Da konnte er seine Sachen sagen, und deswegen ist er so hochgekommen. Das Ganze vollzieht sich absolut friedlich und gewaltfrei. Im April nächsten Jahres haben wir Wahlen, und da werden wir sehen, wer sich durchsetzt.

Dr. Gesine Dornblüth (Sachverständige): Danke für die Frage. Zunächst mal zu den umgerechnet 1,5 Milliarden Euro, die für den Haushalt nächstes Jahr vorgesehen sind. Ich hatte mich so ausgedrückt: für Propaganda. In der Formulierung dort heißt es für SMI, also für die Massenmedien. Ich habe vorhin ausgeführt, in Russland gibt es keine relevanten, unabhängigen Medien, erst recht keine relevanten, unabhängigen Massenmedien. Ich weiß nicht, ob Sie des Russischen mächtig sind. Wenn Sie es nicht sind, empfehle ich Ihnen einfach, auch ohne russische Sprache trotzdem mal russisches Fernsehen, russische Talkshows, russisches Staatsfernsehen anzugucken, was dort verbreitet wird. Ich habe es auch in meiner schriftlichen Stellungnahme kurz erwähnt, zu welchen perfiden Methoden und Lügen die russischen Medien greifen. Das ist ein Ausmaß, was übrigens auch eine der Top-Moderatorinnen des russischen Staatsfernsehens ganz offen sagt - Olga Skabejewa heißt sie - sie sagt, es ist nicht wichtig, was geschieht, wichtig ist die Interpretation des Ereignisses. Fakten zählen dort absolut nicht. Zur Summe, die Sie hinterfragen – es sei ja nicht so ein großes Budget im Vergleich zu Mitteln in Deutschland, 1,5 Milliarden Euro. Erst

einmal müssen wir sehen, dass die Kaufkraft in Russland eine andere ist, und dann müssen wir uns auch klar machen, dass der Haushalt in Russland insgesamt, die Statistiken, intransparent sind und nicht der tatsächlichen Lage entsprechen. Ihre nächste Frage zum SPD-Friedensmanifest: Sie haben mich danach gefragt, wie ich meine Aussage begründe, dass die AfD Kremlnarrative wiederholt. Ich nenne Ihnen gerne ein Beispiel. Sie können einige *Accounts* von ihren Parteimitgliedern aufrufen und schauen, was dort steht. Da steht – und es ist immer das Gleiche, was wiederholt wird – Russland sei bedroht, die Ukraine sei von Nazis gelenkt und so weiter. Das ist Desinformation. Was aber das perfide ist an Desinformation – und das habe ich eingangs in meinem Statement gesagt – ist, dass sie sehr tief in die Gesellschaft, in unseren Diskurs, eindringt und insofern natürlich auch Positionen mit formt, appelliert und ausnutzt, dass es eine tiefe Sehnsucht nach Frieden gibt, die wir alle haben, und die sich auch in dem Manifest der SPD ausdrückt. Ich würde aber das Manifest der SPD trotzdem nicht als Desinformation bezeichnen.

Die **Vorsitzende:** Das ist gerade nochmal gut gegangen – die nächsten Redner kommen aus der SPD-Fraktion. Frau Heinrich und Frau Dr. Wagner teilen sich die Frage.

Abg. Gabriela Heinrich (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Herr Stegner hat nachher noch die Gelegenheit, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Wir machen jetzt erst mal weiter in unserem Themenspektrum. Herr Dr. Hillje, Sie haben es Informationsmanipulation genannt. Ich finde es deshalb spannend, weil es diesen aktiven Charakter hat, also dass eine Information manipuliert ist. Sie haben vorhin schon gesagt – und wir müssen uns darüber unterhalten –, was kann man dagegen tun? Wie kann man dagegen ankämpfen? Frau Dr. Dornblüth hat vorhin gesagt, ein Gegenmittel ist Wissen. Jetzt wäre meine Frage, reicht Wissen aus? Wie schaffen wir Wissen? Vorhin fiel das Stichwort von Medienpädagogik. Mich würde interessieren, was tun wir jetzt dagegen? Denn wir wissen, dass es in Ungarn das alles nicht gibt, das ist schön, aber bei uns gibt es auf jeden Fall Informationsmanipulation beziehungsweise Desinformation. Deshalb diese Frage an Sie und jetzt übergebe ich.



Abg. Dr. Carolin Wagner (SPD): Vielen Dank. Ich wollte noch anschließen, Herr Dr. Hillje, es wurde die Gefahren desinformativ gerade über die sozialen Medien gesprochen, die Doppelgänger-Kampagne wurde als ein Beispiel genannt. Wir haben auf europäischer Ebene entsprechende Regelwerke, die gerade bei illegalen Inhalten, insbesondere von den großen Plattformen, dafür sorgen sollen, dass wir diese weniger sehen, weniger damit konfrontiert sind, dass es ein sicherer Raum wird. Wie sehen Sie den *Digital Service Act* und den *Digital Market Act* an der Stelle gerade mit Blick auf Desinformationen in der Wirksamkeit oder ob wir da eine Lücke haben?

Dr. Johannes Hillje (Sachverständiger): Vielen Dank für die Fragen. Sie fragen nach den Gegenstrategien und vor allem nach dem, was man in Bezug auf die – ich würde es Resilienz der Gesellschaft nennen – machen kann. Wissen ist immer gut. Die Frage ist, was können wir noch glauben und was können wir heutzutage als akkurates Wissen einschätzen und was können wir möglicherweise als einen Manipulationsversuch einschätzen? Ich fand interessant, was Herr Gehringer geschildert hat, dass auch KI-Modelle heute strategisch gefüttert werden, von Russland beispielsweise, und Menschen in Deutschland, Bürgerinnen und Bürger, die KI-Instrumente, KI-Tools, gezielt nutzen, um Behauptungen, Informationen zu überprüfen, die sie irgendwo lesen. Das heißt, im schlimmsten Fall kommt es zu der Situation, dass man eine KI befragt zur Überprüfung einer Information und die Antwort dieser KI ist eigentlich vom Urheber der Desinformation geschrieben. Dann wird das ganze System, das *Fact-Checking*, was wir als ein wichtiges Instrument anführen, ad absurdum geführt, wenn solche Mechanismen in Kraft treten. Das heißt, auch etwas wie *Fact-Checking* ist kein Allheilmittel, sondern wir müssen dann das Wissen wiederum, wie KI-Modelle gefüttert werden, auch vermitteln. Wir sprechen über Medienbildung, ich würde aber vielleicht etwas weitergehender von Informationskompetenz sprechen, die in der Gesellschaft verankert werden muss. Dazu gehört sicherlich sowas, was wir gerade besprochen haben, wie entstehen eigentlich Antworten aus KI-Instrumenten, wie kann man seriöse von unseriösen Quellen unterscheiden? Es geht viel darum Quellen einschätzen zu können. Wie kann ich Manipulationstechniken erkennen, oftmals sind es gewisse

Muster, die sich immer wiederholen in Desinformationskampagnen. Das ist enorm viel Wissen, das vermittelt werden muss, dass sich Menschen in unserer Gesellschaft heute aneignen müssen. Weil dann immer sehr schnell auf die Schulen geschaut wird, finde ich das etwas zu kurz gegriffen. Selbstverständlich haben Schulen hier eine enorm wichtige Aufgabe und das Thema Medienkompetenz, Informationskompetenz, Medienbildung muss noch sehr viel stärker in Lehrplänen verankert werden. Es gibt auch Studien, die uns zeigen, dass die höheren Altersgruppen anfälliger sind für Desinformationen. Die Studienlage, zugegebenermaßen, ist nicht ganz klar; es gibt auch Studien, die sagen, dass jüngere Menschen anfälliger sind – hat immer was mit der Methodik zu tun. Aber wir können auf keinen Fall die Problematik auf die jungen Menschen eingrenzen, das wäre fatal. Deswegen glaube ich, brauchen wir als Gesellschaft – das hat nicht nur etwas damit zu tun, was der Staat macht – Wege, wie wir alle Altersgruppen einbeziehen in mögliche Fortbildungen, pädagogische Angebote – ich finde auch Weiterbildungen am Arbeitsplatz sollten als ein Mittel genutzt werden, weil – und das ist mein letzter Punkt – auch die Wirtschaft Schaden nehmen kann durch Desinformation. Wenn die eigene Belegschaft Desinformation folgt und glaubt, dann kann das auch für den eigenen Betrieb, für das eigene Unternehmen gefährlich werden. Es gibt Desinformationsnarrative, die sich sehr stark um wirtschaftliche, ökonomische, auch geopolitische Themen drehen und deswegen finde ich ganz wichtig, Weiterbildung am Arbeitsplatz zu nutzen für die Ausbildung von Informationskompetenz.

Die **Vorsitzende:** Jetzt liegt das Fragerecht bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Boris Mijatović (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich würde mir die Fragezeit mit meiner Kollegin teilen und freue mich sehr, dass Dr. Anna Lührmann aus dem Digitalausschuss hier ist. Es ist erstaunlich und ich finde es großartig, dass wir diese Anhörung machen, weil viele Ausschüsse gefragt haben, was bespricht ihr denn da eigentlich? Desinformation oder Informationsmanipulation, wie ich jetzt gelernt habe, ist tatsächlich etwas, was in vielen Ausschüssen eine Rolle spielt. Herr Hillje hat es angesprochen, gerade Wirtschaft, Kultur, aber auch



Digitales. Von daher geht die zweite Hälfte der Frage an Frau Lührmann. Auch bin ich sehr froh, dass Puma Shen bei uns ist. Wir haben uns auf einer Reise dieses Ausschusses nach Japan und Taiwan vor zwei oder drei Jahren kennengelernt und haben dort über die Fragen gesprochen, die demokratische Gesellschaften insgesamt herausfordern. Deswegen geht meine Frage an Sie. Sie haben in Ihrem Statement – ich übersetze das einmal – das 3I-Modell, das Drei-Wellen-Modell vorgestellt. Der Geldfluss, der Informationsfluss und der Mensch als Welle oder im Fluss. Ich würde gerne von Ihnen wissen, wie wir auf diese Herausforderung unserer Gesellschaft reagieren können und vielleicht können Sie uns das Modell noch etwas genauer erläutern.

Abg. Dr. Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank für diese Anhörung und die Möglichkeit, hier zu sein. Ich frage mich vor allen Dingen, wie wir es schaffen, die gesellschaftliche Resilienz gegenüber Desinformation zu stärken? Was können wir tun, damit Vertrauen in vertrauenswürdige Quellen gestärkt wird, und dass vor allen Dingen auch die technischen Möglichkeiten, die sich vor allen Dingen in sozialen Netzwerken bieten, um Desinformationen zu verbreiten, eingeschränkt werden, Stichwort *Fake-Accounts*, Stichwort interaktionsbasierte Algorithmen und Ähnliches? Eine Frage vielleicht an Dr. Johannes Hillje zu dem Thema, wie stärken wir gesellschaftliche Resilienz und sorgen dafür, dass soziale Medien nicht zur Desinformationsschleuder werden?

Dr. Puma Shen (Sachverständiger): Danke. Entschuldigung, das Dolmetschen führt zu kleinen Verzögerungen. In meiner schriftlichen Erklärung gehe ich auf das 3I-Modell ein. Um dieses Framework zu umreißen, müssen wir zunächst verstehen, dass es bei der Verbreitung von Desinformation durch autoritäre Staaten Online- und Offline-Desinformation gibt. Offline-Desinformation gab es schon früher. In China geschieht dies über das System der Vereinigten Arbeitsfront oder das, was wir als „CPPCC“ bezeichnen. Sie knüpfen persönliche Verbindungen und bitten ideologisch motivierte Menschen, die ohnehin eine skeptische Haltung haben, in Taiwan oder in einem anderen Land lokal Narrative zu verbreiten. Es geht also um ein Frühwarnsystem. Man muss sich zunächst auf offline

verbreitete Gerüchte konzentrieren – falls wir so etwas wie ein Frühwarnsystem benötigen. Das ist der erste Punkt. Zum Zweiten gibt es verschiedene Arten der Online-Desinformation. Die erste Variante stammt direkt von der Propagandaabteilung. In China beispielsweise gibt es eine Propagandaabteilung, das Ministerium für Staatssicherheit, den Kommunistischen Jugendverband und die bewaffnete Polizei – mehrere Abteilungen also. Sie alle sind für die Verbreitung von Desinformation in Taiwan zuständig. Dabei stehen diese Organisationen zueinander in Konkurrenz. Wenn wir dem Einhalt gebieten wollen, müssen wir zunächst wissen, welche Ideologie jeweils zugrunde liegt und welche Schlüsselthemen oder Narrative diese Organisationen vermitteln wollen. Im Weiteren gibt es die Trolle und eine Art *Cyber-Armee*, die Desinformation aller Art im Internet verbreiten, zu Tausenden. Dabei sollte man sich bewusst sein, dass die Leute in Wirklichkeit nicht alle Erzeugnisse dieser Propagandaabteilungen lesen. Und Beiträge, die Trolle zu Tausenden auf *Facebook* hinterlassen, werden so gut wie gar nicht gelesen. Was das Vertrauen in die Demokratie tatsächlich untergräbt, ist also nicht die Propaganda von oben. Es sind auch nicht die Trolle von unten. Es ist vielmehr das, was ich als vernetzte Ebene bezeichne, und diese ähnelt dem, was ich Offline-Gerücht nenne. Denn wenn Sie ein Offline-Gerücht von Ihren Nachbarn oder Freunden hören, ist es glaubwürdiger. Wenn es dann online geht und von einem *Online-Influencer* verbreitet wird, der sich sonst vielleicht mit Wahrsagerei oder niedlichen Tieren befasst, nun aber ein politisches Thema anspricht, wirkt das sehr glaubwürdig. Diese vernetzte Ebene auf YouTube oder TikTok, das ist die wirkliche Gefahr, und von hier geht die Desinformation aus. China agiert hier sehr subtil. China wendet sich etwa zunächst an *Online-Influencer* und fordert sie auf, Desinformation zu verbreiten. Das ist der erste Schritt. Im zweiten Schritt greifen sie zuweilen auf den Spendenansatz zurück, wie ich ihn nenne. Das bedeutet, sie lassen jemandem eine Spende zukommen, der mit ihrer Ideologie übereinstimmt. Die Leute werden also nicht konkret von China angesprochen, doch sie können bedeutende Spenden erhalten, wenn sie die taiwanesischen oder die US-Regierung kritisieren. Diese Leute wollen mehr Geld verdienen und werden so motiviert, mehr Videos zu produzieren, die pro-China oder anti-Taiwan oder anti-USA sind. Diese Art der Informationsverbreitung kann gestoppt



werden, wenn der Geldfluss untersucht wird, doch dies erfordert internationale Zusammenarbeit. Ich weiß, ich habe nur noch 30 Sekunden, doch ich möchte noch ein kurzes Beispiel nennen. Ein *Influencer* in Taiwan wurde von China angesprochen. Ihm wurden 1.500 US-Dollar monatlich angeboten und er wurde im Gegenzug gebeten, die KPCh jeden Monat zu kritisieren, genauer gesagt: sie immer weniger zu kritisieren. Nach einem Jahr sollte er dann sagen, dass China vielleicht gar nicht so schlecht sei, und dieser *Content* wurde jenem *Online-Influencer* auch zur Verfügung gestellt. Das in meinen Augen so gefährlich, wie es überzeugend ist. Haben Sie vielen Dank.

Dr. Johannes Hillje (Sachverständiger): Vielen Dank für die Frage, die sich nochmal Richtung gesellschaftliche Relevanz wandte. Ich habe schon was zur Informationskompetenz der Bürgerinnen und Bürger gesagt. Wenn wir darüber sprechen, dass wir qualitativ hochwertige, seriöse, unabhängige Informationen in einer demokratischen Gesellschaft brauchen, dann müssen wir natürlich auch über den Journalismus sprechen. Ich glaube, dass der Journalismus aus verschiedenen Gründen, teilweise stark ökonomischen Gründen, momentan nicht vollkommen dieser Rolle gerecht werden kann, wie er das tun müsste, um die Menschen mit unabhängigen Informationen in unserer Gesellschaft zu erzeugen – im Besonderen, wenn wir auf den Lokaljournalismus schauen. Es gibt Regionen in Deutschland, in denen regelrechte Nachrichtenwüsten drohen, wo es kein unabhängiges Presseorgan mehr gibt und diese Nachrichtenwüsten werden strategisch von Akteuren genutzt, die Desinformation verbreiten wollen. Das ist wirklich ein Problem, dass wir einerseits Erlösmodelle finden müssen, Geschäftsmodelle für den Lokaljournalismus im Besonderen, die funktionieren, die tragfähig sind. Da muss auch Innovation aus dem Journalismus herauskommen. Aber die Frage ist auch immer – glaube ich ein Stück weit –, welche Bereitschaft hat man in der Gesellschaft, für qualitativ hochwertige Informationen zu zahlen, einen Beitrag zu leisten, aber auch, was kann der Staat tun, um diese infrastrukturellen Bedingungen für Journalismus zu stärken. Es gibt unterschiedliche Debatten. Es gab – glaube ich – in der vergangenen Legislatur eine Debatte über die Kosten der Zustellung von Zeitungen beispielsweise. Ich glaube, wir kommen mehr und mehr aus dem Zeitalter der

Zeitungen raus. Das wird dann auch nicht das Problem lösen können. Es gibt andere Vorschläge, etwa journalistische Produkte von der Mehrwertsteuer zu befreien. Ich möchte hier keine Empfehlung aussprechen, aber ich glaube, wir brauchen solche Debatten, was auch der Staat tun kann, damit der Journalismus gerade aus diesem ökonomischen Druck ein Stück weit rauskommen kann. Dann gab es noch eine zweite Frage zur *Social-Media*-Regulierung – so habe ich es verstanden. Ich wollte auch noch auf die Frage von Frau Wagner nach dem DAS hier eingehen, die ich eben nicht mehr habe beantworten können. Wir sind da, finde ich, immer noch leider im Unklaren, wie wirksam er wirklich – ich würde sagen – angewendet wird. Der DSA hat schon, wenn ich mir ihn auf Papier ansehe, wirksame Maßnahmen, gute Maßnahmen; sicher an vielen Stellen auch noch ausbaubar. Aber die Frage ist die der Anwendung, und da bin ich zunehmend pessimistisch, muss ich sagen. Wir haben während der Bundestagswahl einige Fälle gehabt, beispielsweise auf X und einer möglichen Beeinflussung, vor allem im Bereich der Chancengleichheit der Parteien, durch den Eigentümer dieser Plattform. Es gibt Analysen und Studien zur Bundestagswahl, die nachweisen, dass Desinformationskampagnen auf diesen, vor allem US-amerikanischen, Plattformen eine millionenfache Reichweite haben. Da hat der DSA bisher noch nicht wirklich gewirkt, weil bestimmte Verfahren gegen diese Plattformen noch nicht angestrengt wurden. Wir merken auch, dass der DSA und die Regulierung von Plattformen jetzt mit zur Verhandlungsmasse werden zwischen den USA und Europa. Wir brauchen diesen DSA, er muss angewendet werden, er muss meines Erachtens auch noch gestärkt werden, weil nur über die Rechtsdurchsetzung auf diesen *Social-Media*-Plattformen, können wir zumindest Teilen dieses Phänomens und dieses Problems begegnen.

Die Vorsitzende: Jetzt bitte noch Frau Fey von der Fraktion Die Linke.

Abg. Katrin Fey (Die Linke): Vielen Dank für die spannende Runde hier. Der Austausch und die Informationen sind sehr wichtig. Meine beiden Fragen gehen an Herrn Liebich nach New York. Zum einen geht es nochmal um die Presse. Sie haben geschrieben, das beste Mittel, um staatlich



veranlasste Desinformation entgegenzuwirken, sei eine freie Presse. Hierzu stellt sich für mich die Frage, in welcher Richtung müssten sich Bedingungen ändern. Der Trend im Journalismus geht immer weiter in Richtung Verkleinerung von Redaktionen, Einkauf von redaktionellen Texten, Setzen auf *Click-Baites*, *Freelancerinnen* und *Freelancer* und standardmäßig befristete Verträge bei angestellten Journalistinnen und Journalisten. Was könnte das Parlament hier tun? Da gab es schon schöne Anregungen von Dr. Hillje. Die zweite Frage bezieht sich nochmals auf die sozialen Medien. Es ging um die Regulierung, aber da wäre meine Frage, was Sie davon halten: stärkere Bindung, Kontrolle, aber eben auch Kenntlichmachen von Desinformationen und *Fake News* in sozialen Medien. Da ist einiges die letzten Jahre passiert. Wie ist Ihre Haltung dazu? Wie schätzen Sie das ein?

Stefan Liebich (Sachverständiger): Wir haben viel darüber gesprochen, auch die anderen Sachverständigen, was die Aussender von Desinformationen tun. Ich finde es wichtig, dass wir uns darum kümmern, wie wir diejenigen stärken, die diese Desinformationen erhalten. Hier kann ich nahtlos bei Dr. Hillje anknüpfen, denn „Reporter ohne Grenzen“ hat sich diesem Thema gewidmet. Sie sagen, dass es in der Hälfte der Landkreise nur noch eine einzige Zeitung gibt, und Sie schlagen vor, dass es eine steuerliche Förderung für gemeinnützigen Journalismus geben sollte. Da zuckt wahrscheinlich der ein oder andere zusammen und sagt, wieso soll der Staat sich da reinhängen? Aber wenn man sich die USA ansieht, wo es noch viel weitergegangen ist mit dem Rückbau der Medienlandschaft – wir haben dort eine Kultur, die basiert vor allen Dingen auf Spendenbasis. Das ist in Deutschland nicht so ausgeprägt. Aber wer sich das größte lokale Informationsmedium über Stadtpolitik in New York City anschauen will, der geht auf die Webseite „The City“ und die wird durch massive Spenden gefördert. Nur deshalb gibt es noch lokale Informationen. Deshalb sage ich, wir müssen in Deutschland entweder fördern, dass Leute durch Spenden lokalen gemeinnützigen Journalismus unterstützen, oder, wenn das nicht geht, dann muss der Staat einspringen. Hier ein zweites Beispiel – ich weiß, es ist auch kontrovers – der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Die Länder, die auf der Liste der Pressefreiheit ganz oben stehen – die skandinavischen Länder – die haben entweder staatlich finanziert

oder öffentlich-rechtlich finanzierten Rundfunk. Wer da sagt, wir möchten hier mit den Kosten runtergehen und vermeintlich populäre Vorschläge macht, dass man die Rundfunkbeiträge senkt oder gar abschafft, das sind alles Beiträge dafür, dass wir schlechteren Journalismus haben, weniger freien Journalismus haben und damit dann auch diejenigen, die Desinformation nach Deutschland liefern, es einfacher haben. Das Thema, das am allerwichtigsten ist – wie mehrfach gesagt, die Rolle der klassischen Medien geht zurück und die Rolle der sogenannten neuen Medien steigt. Wenn man sich anschaut, dass der reichste Mann der Welt, der AfD und Donald-Trump-Unterstützer Elon Musk, X besitzt, der zweitreichste Mensch Larry Ellison demnächst in den USA *TikTok* besitzen wird – auch ein Donald-Trump-Unterstützer – der drittreichste Mann der Welt – ebenso Donald-Trump-Unterstützer – Mark Zuckerberg, *Facebook*, *Instagram* und *WhatsApp* besitzt, und man dann auch schaut, dass der viertreichste Mann der Welt jetzt die *Washington Post* besitzt, dann wird einem klar, was wir hier für ein Problem haben. Ich glaube, dass wir dafür sorgen müssen, dass es hier Regulierung gibt. Ich kann nur unterstreichen, der *Digital Service Act* der Europäischen Union ist das stärkste Mittel, was gegenwärtig auf dem Markt ist. Dieses Mittel darf nicht als Verhandlungsmasse im Zollstreit genutzt werden oder weil man sicherheitspolitische Abhängigkeiten gegenüber den USA hat. Ich bekomme manchmal das Signal, dass die Europäische Union bereit ist nachzugeben. Ich denke, das wäre ein katastrophaler Fehler. Der DSA ist eine Rechtslage, die muss genutzt und gestärkt werden. Gestatten Sie mir noch zwei Informationen, die ich dem Beitrag von Jan Mainka entgegenstellen möchte; dann können Sie selber eine Bewertung dazu treffen. Jan Mainka sagt, dass Deutschland überzeugt ist, anderen Ländern bezüglich ihrer inneren Angelegenheiten Ratschläge geben zu müssen und dass Ungarn das nicht machen würde; dass Ungarn sich nicht in andere Angelegenheiten einmischte. Hier zitiere ich den Premierminister von Ungarn, Viktor Orbán, im Mai 2023 auf der CPAC-Konferenz in Budapest. Er hat sich über die Außenpolitik von Joe Biden, der damals Präsident war, wie folgt geäußert: „Die Außenpolitik der Progressiven führt uns immer in den Krieg. Ich bin mir sicher, dass die Ukraine und Europa heute nicht von irgendeiner Art Krieg heimgesucht werden würden, wenn Trump Präsident wäre. Kommen Sie zurück, Herr Präsident, machen



Sie Amerika wieder großartig und bringen Sie uns Frieden.“ Auch das Beispiel mit der Opposition – ich hatte gerade Besucher aus Ungarn bei uns in New York zu Gast vom *Spark Movement* –, die haben einen Abgeordneten, András Jámbor, im ungarischen Parlament und berichteten darüber, wie die gesamte Macht der staatlich kontrollierten Medien diese Organisation als gewalttätig, vom Ausland unterstützt oder pädophil diffamiert. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Danke schön. So weit die erste Runde. Wir kommen zur zweiten Fragerunde und beginnen wieder mit der Fraktion der CDU/CSU. Herr Abraham und Herr Dr. Geissler haben angekündigt, sich die Frage zu teilen.

Abg. Knut Abraham (CDU/CSU): Ich würde gerne in der zweiten Runde verstärkt in einen Austausch geraten über die Frage, wie begegnen wir der Desinformation? Frau Dornblüth, Sie hatten schon gesagt Medienpädagogik. Es kam auch von anderen. Ich habe eine konkrete Frage. Wie geht man als Politiker aus Ihrer Fachsicht um, wenn man erkennt, hier läuft eine Kampagne? Ganz kurz. Vielleicht erinnern sich einige. Ich habe aus verschiedenen Quellen die Nachricht bekommen, Olena Selenska fährt einen Bugatti. Ich dachte mir, das riecht schon. Was empfehlen Sie? Wenn ich das an meine tausenden, zigtausenden Freunde schicke und es ist falsch, dann mach ich die erst einmal auf die Nachricht aufmerksam. Wenn ich diejenigen bitte, und das habe ich gemacht, die es mir geschickt haben, das zu dementieren, ich hatte nämlich einen Faktencheck gemacht, dann machen die das nicht, weil sie ihr Gesicht verlieren. Weil es nämlich peinlich ist, dass sie so einen Unsinn durch die Gegend geschickt haben.

Abg. Dr. Jonas Geissler (CDU/CSU): Meine Frage geht an den Dr. Hillje. Wir haben gerade erlebt, dass der Sachverständige der AfD geschildert hat, dass es in Ungarn keine politische Gewalt gibt. Mir ist da sofort der Fall Maja T. eingefallen. Das Zweite ist, es gibt keine Einschränkung der Pressefreiheit, wenn man Ankäufe von Presseorganen durch regierungsnahen Unternehmen hat. Wenn man diesen *Chilling*-Effekt hat, dass sich Journalisten nicht trauen, über LGBTQ zu berichten, weil sie nicht wissen, ob ihnen trotzdem etwas passiert, ist

das eine Einschränkung der Pressefreiheit. Ist das, was der Sachverständige der AfD macht, schon Desinformation oder ist es bewusste Täuschung?

Dr. Gesine Dornblüth (Sachverständige): Vielen Dank für die Frage. Das ist etwas, was nicht nur Politiker betrifft, sondern jeden, auch mich als Journalistin. Wir müssen uns bei der Berichterstattung immer fragen, was stellen wir richtig, was greifen wir auf, machen wir es dadurch noch größer? Gar nicht erst ignorieren, das ist immer noch ein relativ gutes Rezept in vielen Fällen. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass, wenn man mit Menschen redet, die durch falsche narrative Folgen davon überzeugt sind, dass man wirklich Zeit mitbringen muss. Dass man sich überlegen muss, habe ich selbst die Energie, habe ich ausreichend Kapazitäten, um das wirklich auszuräumen und dann langanhaltende Gespräche zu führen. Da muss man sich vorher genau überlegen, Gewichten vielleicht auch, ist mir die Person wichtig? Ihnen sind alle Wähler wichtig, davon gehe ich aus, aber es gibt noch Prioritäten. Dann, wie viel hören bei einer Antwort mit? Sie können einfach ein Beispiel geben, wenn Sie etwas auseinanderbauen und richtigstellen, dann erreichen Sie vielleicht nicht denjenigen, der diese Nachricht verbreitet hat, aber Sie erreichen all diejenigen, die mitlesen oder mithören. Das ist eventuell auch schon viel wert. Das Problem ist wirklich, dass immer gleiche Falschbehauptungen eingespeist werden, durch die Desinformation, in unsere Debatten und dass die teilweise so präsent sind, dass Politiker und auch Journalisten gar nicht mehr daran vorbeikommen. Durch dieses ständige Wiederholen wird dann die Lüge zu einem gleichberechtigten Bestandteil neben der Wahrheit. Das verzerrt den Diskurs nachhaltig, weil das einfach eine falsche Ausgewogenheit ist.

Dr. Johannes Hillje (Sachverständiger): Ich mache es kurz und dann bitte ich Sie selbst, eine finale Beurteilung vorzunehmen. „Reporter ohne Grenzen“ hat seit 2010 eine Verschlechterung der Pressefreiheit in Ungarn im massiven Maße festgestellt. Das Land ist um 50 Plätze im Ranking gesunken. Es steht schlecht um die Pressefreiheit in dem Land, würde ich sagen. Sie haben mich danach gefragt, ob es hier um eine bewusste Täuschung geht oder um eine Falschbehauptung, nicht bewusst. Das kann ich nicht beurteilen, aber ich halte gerne diese



Fakten dagegen.

Die **Vorsitzende**: Dann liegt das Fragerecht nun bei der Fraktion der AfD.

Abg. Achim Köhler (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Dann hätte ich noch eine Frage an Herrn Mainka. Vor Wochen gab es Durchsuchungen durch die Polizei bei Norbert Bolz. Es gibt des Öfteren immer mehr Hausdurchsuchungen bei Journalisten. Sie werden mehr oder weniger verklagt beziehungsweise eingeschüchtert. Meine Frage an Sie: Fühlen Sie sich denn, wenn Sie Ihre Arbeit in Deutschland tun, diesbezüglich etwas eingeschränkt?

Abg. Rainer Rothfuß (AfD): Ich würde gerne noch anschließen und einen weiteren Sachverständigen befragen. Ich würde gerne wissen, wie Sie die Frage von Herrn Dr. Geissler selbst beantworten würden. Dann hätte ich noch eine Frage an Herrn Gehringer. Ich fand interessant, dass Sie in Ihrer Stellungnahme Israel unter den 20 führenden Akteuren staatlich veranlasster Desinformation ranken, neben Ungarn, aber Israel besonders interessant. Sie führen als Beispiel aber nur eine private Firma an, oben heißt es aber: führende Akteure staatlicher Desinformation. Diese private Firma – das finde ich aber wirklich interessant – Team George, soll wohl 27 Präsidentschaftswahlen in aller Welt erfolgreich manipuliert haben, unter anderem auch in Indien, wo Untersuchungen im Parlament laufen. Das ist ein privater Anbieter für Geheimdienste, für politische Kampagnen, Privatfirmen etc. Die setzen Software wie AIMS, *Advanced Impact Media Solutions*, auch Hacks ein, also wo wirklich über Troll-Accounts manipuliert wird. Da würde mich interessieren, ob Sie uns dazu mehr sagen können. Danke.

Jan Mainka (Sachverständiger): Danke. Zunächst zu dem Fall Maja T.: Was ich nochmal aufgreifen möchte, wenn das hier schon im Zusammenhang mit meiner Person genannt worden ist – das ist eigentlich eine Frage, die ich von der SPD vermutet hätte. Aber gut, die CDU fühlt sich, siehe Wadepful-Aktion, hier auch irgendwie angesprochen. Ich habe Ihre Frage gar nicht verstanden. Sie wollten meine Behauptung, dass es in Ungarn, in der

ungarischen Politik, gewaltfrei zugeht, ohne physische Gewalt, konterkarieren mit dem Verweis auf Maja T. Die ganze Schlägertruppe ist ja wohl aus Deutschland, Italien und so weiter, gekommen. Es sind keine ungarischen Staatsbürger, die geprügelt haben. Es waren Ausländer, es waren nicht irgendwelche Leute, die von der ungarischen Regierung motiviert oder finanziert worden sind, sondern die Quellen müssen Sie eher hier in Deutschland suchen. Was macht dieser Antifa-Terrorist bei uns in Ungarn? Warum prügelt der bei uns rum? Ungarn hat den guten Part, weil wir auf Gewaltfreiheit setzen, setzen wir auch auf eine Null-Toleranz gegenüber politischem Terrorismus und haben diese ganze Truppe „hopsgenommen“. Einige sind in Untersuchungshaft, bei einigen hat es nicht ganz funktioniert, da war die EU schneller, eine Dame im EU-Parlament. Aber wir haben die ohne jeglichen Politbonus so genommen, wie sie sind, nämlich als Gewalttäter, die versuchte Morde begehen wollten auf ungarischen Straßen gegen Unschuldige. Dieser junge Herr oder Frau oder was auch immer begegnet jetzt zum ersten Mal in seinem jungen, verpfuschten Leben einem Rechtsstaat und muss sich jetzt mit den Konsequenzen seines Handelns auseinandersetzen. Es geht extrem rechtsstaatlich zu. Ich habe mir einen Prozesstag angeschaut, auch der Beobachter von der Deutschen Botschaft ist dabei. Eine ganz langweilige juristische Geschichte, wo dann Protokolle und Zeugen vernommen werden. Da ist nichts mit Politik, sondern da wird einfach nur gesehen, da wurden mehrere Menschen krankenhausreif geschlagen. Es hätte auch Tote geben können bei dieser Sache. Das muss in einem Rechtsstaat geahndet werden. Nichts anderes macht die ungarische Justiz in dem Fall. Sie macht die Arbeit, die eigentlich hier in Deutschland gemacht werden sollte. Das war der Fall Maja T. Das mit den Medieneinkäufen, Aufkaufen, Verkäufen, das kommt in jeder Marktwirtschaft vor. Die Zeitung gehörte einmal den Sozialisten. Dann hatten sie keine Lust mehr darauf gehabt und sie ging ins Ringier-Portfolio. Ringier hat das auch nur abgestoßen. Dann hat es ein österreichischer Geschäftsmann gekauft, das ganze Portfolio. Einige Sachen hat er behalten, andere hat er verkauft. Unter anderem auch diese sozialistische Zeitung wurde dann eingestellt, weil es einfach nicht mehr lukrativ war. Die Sozialisten hätten jederzeit wieder zugreifen können, dann hätten sie die Zeitung wieder gehabt; sie hätten sie auch nie verkaufen müssen. Aber es



hat jedenfalls nichts mit irgendwelcher politischen Einflussnahme zu tun. Auf keinen Fall mit einem Verbot von Medien; so etwas gibt es hier nicht. Bei uns werden keine Medien verboten, bei uns kriegen keine Medienvertreter Hausbesuche. Ich kann ganz ruhig schlafen, egal was ich schreibe. Natürlich gibt es auch einen Fall Norbert Bolz bei uns nicht, dass ein Intellektueller aufgrund eines Meinungsdelikts Besuch bekommt von der Polizei im Auftrag der Staatsanwaltschaft mit dem Hintergedanken der Einschüchterung. Was will man denn sonst finden bei dem? Da war kein Zweifel, dass er diesen *Tweet* geschrieben hat, also was wurde da gesucht? Natürlich ging es um Einschüchterung. Sowas ist bei uns absolut tabu, dass da Intellektuelle eingeschüchtert werden oder sowas. Danke.

Ferdinand Alexander Gehringer (Sachverständiger): Danke für die Frage. Zunächst ein paar Gedanken vorweg. Es ist so, dass es sich um eine alphabetische Aufzählung handelt ohne Gewichtung; das nur der Klarstellung halber. Sie zeigt aber, dass es nicht nur zwei, drei Akteure gibt, die sich mit der Manipulation von Informationen beschäftigen, die sich auch mit der Einflussnahme in andere Vorgänge und Prozesse beschäftigen. Ein Staat, der sich auch diesen Zielen verschreibt - zusätzlich auch in anderen Ländern, beispielsweise Team Jorge, die versuchten vor allen Dingen in Afrika und in Lateinamerika in gewissen Länder einzugreifen. Sie haben Indien aufgezählt, da ist es so, dass die Ermittlungen noch laufen. Diese Vorgänge zeigen uns vor allem zwei Dinge: Das eine ist, dass privat und staatlich, gerade im digitalen Raum, stärker verschwimmen. Man kann nicht mehr klar sagen: Das war jetzt ein privater Akteur, der ohne Intention eines Staates agiert im digitalen Bereich. Wir sehen das in anderen Ländern ebenfalls, in denen sich private Netzwerke aufmachen, um staatliche Ziele zu verwirklichen. Cybercrime-Fälle sind da ganz bekannt. In vielen anderen Ländern auch. Ebenso auch in Israel, wo Strukturen verschwimmen, wo private Anbieter teilweise auch Ziele erreichen, die vielleicht sogar staatlich gelenkt sind. Ich sage bewusst vielleicht, weil das bisher nur Enthüllungen sind, die noch nicht bestätigt sind. Die Ermittlungen laufen. Das Zweite neben dem „Verschwimmen“ ist, dass wir in diesem Fall ganz klar wieder die Vermischung von Information und Cyber-Taktiken sehen. Sie haben angesprochen, dass da andere Mechaniken ebenfalls verwendet

wurden, von *Hacking*, *Brute-Force*-Angriffen, um Informationen zu erlangen, um diese dann gegebenenfalls auch zu dekontextualisieren. Das ist ein herkömmlicher Prozess. In diesem konkreten Fall war das ein ehemaliger Geheimdienstler, der diese Gruppe gegründet hat, mit dem Ziel, Einflussnahme-Aktionen vorzunehmen. Das ist Wissen, das er sich vermutlich, auch mutmaßlich – muss ich unterstreichen – angeeignet hat durch seine staatliche Laufbahn. Aber die Grenzen sind hier schwimmend. Genaue Ziele lassen sich nur vermuten. Das betrifft auch viele andere Staaten genauso. Danke.

Die **Vorsitzende:** Für die SPD-Fraktion fragt Dr. Stegner.

Abg. Dr. Ralf Stegner (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Erlauben Sie mir eine kurze Vorbemerkung, weil ich vorhin direkt angesprochen worden bin und vielleicht die Zuschauer sich über diese ungewöhnliche Form der Zuneigung der AfD gewundert haben mögen. Erstens wird die nicht erwidert, zweitens ist sie auch nicht üblich. Üblicherweise werde ich heftigst beschimpft; das ist auch in Ordnung, weil wir zwar die gleiche Sprache benutzen, aber das Gegenteil meinen. Dieses Manifest redet vom völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins. Mir wäre nicht geläufig, dass das die Position der AfD wäre. Dass man zum Frieden kommen will, heißt noch lange nicht, dass man ihre Narrative teilt. Das wollte ich deutlich sagen für die, die mich nicht kennen sollten. Aber ich habe zwei Fragen an Herrn Dr. Hillje und an Frau Dornblüth. Das eine ist, eine Demokratie hat große Schwierigkeiten, dass sie nicht die gleichen Methoden anwenden kann, wie die andere Seite, sonst verliert sie ihren demokratischen Charakter. Was leiten Sie denn daraus ab, für die Möglichkeiten, nicht nur aufzuklären, sondern sich auch zu wehren? Das zweite ist, wenn man höhere Ansprüche an die Demokratie als an die Diktatur hat – das gilt für mich jedenfalls –, dann findet man solche Erscheinungen, wie wir sie haben – wir haben Meinungsdiktate von Leuten, die auch *Fakenews* verbreiten, über die Konzerne, von denen schon die Rede war. Wir haben auch innerhalb der Journalistenschaft in Deutschland gelegentlich Aussagen, die Meinungsfreiheit sei eingeschränkt; wir hätten ein rot-grünes Meinungskartell und alle möglichen Dinge. Das heißt, wir haben eine sehr



eigentümliche Form des Umgangs mit unserer Pressefreiheit, die einen hohen Stellenwert hat. Da würde mich interessieren, wie Sie das bewerten und was man denn dagegen tun kann? Entweder als Journalistin, die zu diesen Bedingungen arbeitet, und zweitens, was Politik tun kann, um Pressefreiheit und Meinungsfreiheit bei uns zu stärken, und dieser Verengung der realen oder der falschen Behauptungen entgegenzuwirken. Das würde mich interessieren.

Dr. Johannes Hillje (Sachverständiger): Vielen Dank für die Frage. Das, was Sie als erstes gefragt haben – wo sind eigentlich die Grenzen eines freiheitlich-demokratischen Staates, wenn es um die Bekämpfung dieses Phänomens geht –, weil wir uns hier in einem Spannungsverhältnis bewegen, in letzter Konsequenz immer zwischen Freiheitsermöglichung und Freiheitsbeschränkung, vielleicht auch einer Freiheitsbeschränkung zur Sicherung von Freiheiten insgesamt. Das sind sehr wichtige Fragen. Deswegen können wir auch nicht alle Gegenmaßnahmen und Gegenstrategien beim Staat lokalisieren. Deswegen habe ich vorhin insgesamt über drei Akteure gesprochen, neben dem Staat auch die Zivilgesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger, und über den Journalismus. Weiterhin gibt es sehr viel Handlungsmöglichkeiten, Handlungsbedarf und auch akuten Handlungsdruck. Trotzdem muss der Staat etwas tun und muss sich wehren, weil wir es hier auch mit der Bedrohung der Sicherheit zum Beispiel zu tun haben. Ich finde, dass der Staat den Anforderungen der Aufgaben, die er hat, beispielsweise die Durchsetzung von Recht und Gesetz, gerade im digitalen Raum, im Grunde immer noch sehr schlecht gerecht wird. Es ist im Grunde das Thema, das wir vorhin schon kurz hatten, *Digital Services Act*, und sicher auch die Debatte, was darüber hinaus noch passieren muss, damit diese Rechtsdurchsetzung gelingen kann. Ich finde aber auch, ein Aspekt, über den wir noch nicht gesprochen haben, der in der Debatte, nicht nur hier, sondern insgesamt, zu kurz kommt, ist die eigene digitale Souveränität von Europa. Im Besonderen, wo auch die deutsche Regierung, der deutsche Staat viel aktiver sein könnte, denn wir haben uns in den letzten Jahrzehnten nicht nur von Energiequellen aus dem Ausland abhängig gemacht; wir haben uns auch von der Informationsinfrastruktur aus dem Ausland abhängig gemacht. Das sind US-amerikanische Plattformen,

aber auch chinesische Plattformen, die wir benutzen. Das – finde ich – fällt uns zunehmend sichtbar auf die Füße. Mir ist das, was im Bereich der Ausbildung und Entwicklung europäischer digitaler Souveränität passiert, noch viel zu wenig. Das Entwickeln von Technologien nach europäischen Werten, nach europäischen Standards, wo wir viel eher die Rechtsdurchsetzung erwirken könnten, das ist, glaube ich, eine Debatte, die man führen muss. Jetzt erleben wir es auch bei KI – das ist die nächste Technologie oder die Technologie, die gerade viel in der Debatte ist –, wo wir sehen, dass Europa einen enormen Rückstand hat. Ich glaube, wir müssen hier mit einer gezielten digitalen Industriepolitik viel wirkmächtiger werden, viel selbstständiger werden, unabhängiger werden für die Zukunft.

Dr. Gesine Dornblüth (Sachverständige): Die Demokratie darf Meinungsfreiheit nicht einschränken und darf Meinungen nicht unterdrücken, nur weil sie unliebsam sind. Das gilt für den Journalismus insgesamt. Das Problem ist, dass sich die Demokratiefeinde genau das zunutze machen und die Mechanismen der Demokratie nutzen und auch die Mechanismen unserer Medienlandschaft nutzen. Natürlich gibt es in den Medien, im Journalismus das Bedürfnis, und das ist auch berechtigt, alle Stimmen in der Gesellschaft abzubilden. Für Journalisten ist dann wichtig, dass sie, erstens, darauf achten, dass die Meinungen, die abgebildet werden, die Personen, die auftreten, sich an Fakten halten. Das ist für mich genau die Grenze. Wenn Behauptungen und Meinungen als Argumente verkauft werden, die eben nicht auf Fakten beruhen, dann muss das eingeordnet werden. Dann dürfen diese Falschbehauptungen keinen Platz haben. Ich glaube, der Journalismus wäre auch gut beraten, von eingetretenen Fäden abzuweichen und teilweise auch von Formaten abzuweichen, die in dieser Situation nicht mehr funktionieren. Also nicht ein 15-minütiges Interview mit jemandem zu verbreiten, live zu senden, der definitiv Desinformation verbreitet, sondern man müsste das Ganze kontextualisieren und einordnen. Das darf keine Zensur sein, aber das ganz Entscheidende ist, einfach auf der Basis von Fakten zu berichten und sich an Fakten zu halten. Dann kommt ein weiterer Aspekt hinzu, das ist sprachliche Exaktheit. Das ist auch etwas, was im Journalismus – einer der Kollegen hat es angesprochen – unter Finanznot, Abbau von Ressourcen und so weiter, schwierig ist; so



entstehen Fehler und Ungenauigkeiten. Aber es ist wirklich ganz wichtig, sich immer wieder klarzumachen, dass Sprache unser Handwerkszeug ist und für die Demokratie wichtig ist. Es gibt, gerade in Bezug auf Russland und den Krieg gegen die Ukraine, ein paar Sachen, die sich durchgesetzt haben, obwohl sie falsch sind. Der Beginn des Krieges war nicht 2022, der Beginn des Krieges war 2014. Das ist kein Ukraine-Konflikt, das ist ein Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Da glaube ich, müssen wir alle, sowohl in den Medien als auch in der Politik, alle die, die öffentliche Ämter innehaben, müssen da sehr viel mehr Bewusstsein haben.

Die **Vorsitzende**: Danke schön. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sie teilen sich die Wortmeldung wieder. Dann fangen Sie gerne an, Herr Mijatović.

Abg. Boris Mijatović (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Da wir gerade live bei *Russia Today* sind, lassen Sie mich einmal den russischen Freundinnen und Freunden sagen, es ist ein Angriffskrieg Ihres Präsidenten, den Sie gegen die Ukraine führen. Stoppen Sie den. Sie haben den Nachbarn überfallen. Ich sehe keinen Grund, warum man mit 200.000 Soldatinnen und Soldaten den Nachbarn über Nacht angreifen muss. Alles, was es als Begründung gibt, ist so willkürlich und lächerlich, das hat mit der Realität nichts zu tun. Das ist Ihr Präsident, der das in Moskau entschieden hat. Das führt mich zu der Frage an Puma Shen an dieser Stelle. Wenn wir erleben, wie auch Herr Mainka von einem Paradies in Ungarn redet, der Meinungsfreiheit, wie toll das da alles ist. Es gibt keine politische Gewalt, keine Polizeigewalt, es gibt keine Unterdrückung. Wie kann man, ohne ihn auf die Agenda zu heben – und die Kollegin Dornblüth hat es gerade gesagt, die Lüge wird neben die Wahrheit gestellt – wie können wir uns dagegen wehren? Welche technischen Empfehlungen hätten Sie?

Abg. Dr. Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Frage an Herrn Gehringer. Sie haben eingangs angesprochen, dass *LLM-Grooming* immer relevanter wird. Das heißt, dass Chatbots gezielt mit Desinformationen gefüttert werden. Was sehen Sie an politischen Strategien dagegen, auch an technischen Möglichkeiten? Was sehen Sie für

einen Handlungsbedarf? Vielleicht können Sie dazu etwas sagen.

Dr. Puma Shen (Sachverständiger): Danke. Wir haben all diese Narrative angesprochen. Auch die Geschehnisse in der Ukraine werden von Russland gänzlich anders dargestellt. Ich möchte mit einem kurzen Erlebnisbericht beginnen. Als ich vor zwei Jahren in Kyjiw war, erfuhr ich, dass dort Desinformation bzw. eine Verschwörung existiert, nach der Taiwan Russland unterstützt. Ich orientierte mich und stellte fest, dass es in Kyjiw nur drei Taiwaner gab, zwei davon Geschäftsleute und einer Regierungsbeamter. Insofern besteht in Kyjiw überhaupt keine Möglichkeit, dieses Gerücht zu entkräften oder nur darüber zu diskutieren. Und so konnten sich diese Gerüchte in Kyjiw ungehindert verbreiten. Stellen Sie sich demnach vor, China würde in Taiwan versuchen, Desinformation gegen Deutschland zu lancieren, etwa: „Achtung, Deutschland will Taiwan isolieren. Sie sind pro-China eingestellt“ und so weiter und so fort. Es gibt dort nicht genug Deutsche, um dieses Narrativ zu entlarven. Aus diesem Grund habe ich die internationale Zusammenarbeit erwähnt. Wir müssen manchmal Narrative betreffend mein eigenes Land in anderen Ländern entlarven und widerlegen – und umgekehrt. Ich glaube also zum Ersten, dass diese Art Zusammenarbeit wichtig ist und schnell erfolgen muss. Zum Zweiten: Ich habe bereits Schlagwörter wie Transparenz und Medienkompetenz gehört – auch diese Dinge halte ich für wichtig. Es gibt viele Gruppen, die versuchen, Informationen zu verbreiten: Gangster, religiöse Gruppen oder auch Professoren. Die Vereinigte Arbeitsfront kann Gerüchte über viele Systeme verbreiten. Deshalb haben wir in Taiwan vor wenigen Jahren ein Gesetz gegen Unterwanderung verabschiedet. Damit konnten wir den Menschenstrom und in der Folge auch diese Art Informationsverbreitung in Taiwan stoppen. Wenn es aber um die erwähnten Geldflüsse geht, also Versuche, *Online-Influencer* mit Spenden zu bestechen: Hier besteht ohne internationale Zusammenarbeit keine Chance, diese Geldflüsse zu identifizieren und zu ahnden. Deshalb haben wir vor einem Jahr ein Gesetz zur Betrugsbekämpfung verabschiedet. Dieses zielt zwar nicht spezifisch auf Desinformation ab, doch Desinformation kann Teil eines Betrugs sein. Mit dieser Gesetzgebung zur Betrugsbekämpfung können wir *Social-Media*-Plattformen zur Zusammenarbeit bewegen, wenn



Anlass gegeben ist. Als letzten Punkt möchte ich hier die Zivilgesellschaft ansprechen, denn bislang habe ich vor allem über die Möglichkeiten von Regierungen gesprochen. Doch den Zivilgesellschaften kommt nach wie vor eine wichtige Rolle im Kampf gegen alle Arten von Desinformation zu. Auf *Fake News* können Regierungen problemlos binnen zwei Stunden reagieren und sagen: „Achtung, das ist gefälscht.“ Doch bei Verschwörungstheorien fehlt manchmal die Möglichkeit, sie zu entkräften. Das ist ein Aufruf an Akteure der Zivilgesellschaft. Denn diese können den Fall untersuchen und herausfinden, ob koordiniertes manipulierendes Verhalten dahintersteckt. Sie können ermitteln, welche chinesische Organisation dafür verantwortlich ist. In Taiwan gibt es mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich mit solchen Aufgaben befassen, und sie halten angemessenen Abstand zur Regierung. Denn wenn sie der Regierung zu nahe stehen und die Regierung vom Korrektiv profitiert, sagen die Leute: „Diese zivilgesellschaftliche Organisation ist eigentlich Teil der Regierungspropaganda.“ Optimal ist es, wenn die Regierung mit angemessener Distanz ein fruchtbares Umfeld für die Untersuchung von Fällen durch zivilgesellschaftliche Organisationen schaffen kann. Aus diesem Grund habe ich vor drei Jahren eine Organisation namens *Kuma Academy* gegründet, die Chinas Strategie und auch die *Open-Source*-Kompetenz vermittelt, damit die Zivilgesellschaft gedeihen kann. Sie werden befähigt, Verschwörungstheorien nicht nur zu entlarven, sondern auch zu untersuchen, wer dahintersteht, um diese Analyse dem Publikum in Taiwan zur Verfügung zu stellen. Haben Sie vielen Dank.

Ferdinand Alexander Gehringer (Sachverständiger): Danke für die Frage. Ich werde versuchen, sie zu beantworten. Man kann auf dreieinhalb Wegen dieser Entwicklung – da stehen wir tatsächlich noch am Anfang – begegnen. Das eine ist, die Netzwerke, die sich dieser Amplifizierung bedienen, frühzeitig zu stoppen, so dass man frühzeitig erkennt: Wo sind denn Netzwerke, die diese *Large-Language-Models* bespielen, wo finden wir die? Das ist der Monitoring-Aspekt, das heißt von außen auf die Infrastruktur einwirken. Das zweite ist die Software selbst. Wenn wir von künstlicher Intelligenz und der Sicherheit von KI sprechen, dann ist es immer Hardware, Software und die Anwendung. Bei der Software ist es so, dass wir natürlich sehen

müssen, mit welchen Algorithmen funktioniert das Ganze. Deswegen ist die Diskussion sehr angelehnt an das, was wir beim *Digital Services Act* erleben: die Transparenz. Wir brauchen mehr Informationen, auch in der Wissenschaft, um zu sehen, wie funktionieren die Algorithmen; auf welche Inhalte greifen sie schneller zu, um dann im dritten Schritt – das wäre der dritte Aspekt, die Inhalte auch gegenchecken zu lassen. Das heißt, es gibt dieses Modell dieser dualen LLMs. Ich habe einen LLM, der was ausspuckt und einen anderen, der quasi drüber läuft, dass man KI überprüft, um zumindest eine Vorauswahl treffen zu können, um Fehler zu minimieren. Und dann, deswegen der halbe Schritt – da sind wir ganz schnell bei einer Inhaltskontrolle –, aber auch da ist es so, dass man diejenigen Betreiber oder die Anbieter dieser Software dahingehend stärker verpflichtet, dass sie sich überlegen, welche Inhalte tatsächlich da hineindürfen. Da sind wir dann bei urheberrechtlichen Fragen. Wir sind da erst ganz am Anfang. Sie kennen vielleicht den GEMA-Fall, der gestern auch publik wurde. Wie viele Inhalte tatsächlich ungestört in diese Modelle hineinlaufen können. Das ist ein anderer Punkt, der rein regulatorisch noch gar nicht miterfasst wurde, dass wir das auf der Regulationsebene schon miterfassen. Am kritischsten ist der Punkt, die Betreiber und die Anbieter dahingehend zur verpflichten, Inhaltskontrolle zu machen, weil das besonders sensibel ist in dem Zusammenhang. Wenn man über das Monitoring die Netzwerke frühzeitig ausfindig machen kann, die das Ganze bespielen, ist man eigentlich in der ganz normalen Bekämpfung von Verbreitung manipulierter Informationen. Das ist nichts Neues. Wenn man sich die Software anschaut, dann sind wir in dieser Diskussion, wie viel Transparenz die Plattformbetreiber uns tatsächlich gewähren in dem Zusammenhang. Beim Gegenchecken ist es tatsächlich eine technische Lösung, bei der man sagen kann, hier haben wir ein Gegensystem, was das prüft und vielleicht sogar eine Warnung ausspuckt, hier konnte der Test nicht klar sein., wir sind nicht ganz sicher, woher die Information tatsächlich stammte. Man könnte auch automatisch einen Quellenmechanismus mit integrieren in diese *Large-Language-Models*; dass man sagt, wir legen immer die Quelle dazu offen, dass der *User* sofort erkennen kann: Was ist denn die Quelle? Erfordert aber diese gewisse Informationskompetenz, die der Kollege auch schon angesprochen hat. Da sind wir, glaube ich, noch nicht,



um das dann als Bindeglied mit anzuführen.
Danke.

Die **Vorsitzende**: Danke Ihnen. Frau Fey von der Fraktion Die Linke hat das Wort.

Abg. Katrin Fey (Die Linke): Vielleicht noch eine kleine Geschichte, damit Herr Dr. Shen weiß, wie der Wahlkampf hier in Deutschland war. Ich war bei Podien eingeladen mit Schülern und Schülerinnen, wo uns Teilnehmenden im Vorfeld gesagt worden ist, es gibt eine Bedingung: Wir dürfen den Klimawandel nicht leugnen; das ist einfach Fakt. Und das haben uns 16-jährige Schülerinnen und Schüler sagen müssen, bevor wir in diese Diskussion eingestiegen sind. So war meine Erfahrung im Wahlkampf mit Desinformation, wobei ich es ziemlich stark von den Schülerinnen und Schülern fand, dass sie ganz klare Grenzen aufgezeigt haben, was geht und was nicht geht. Meine Fragen richteten sich an Herrn Liebich. Es geht nochmal um die Stellungnahme, insbesondere den letzten Teil. Dort schreiben Sie, schaut man sich die aktuelle Liste der Feinde der Pressefreiheit an, Reporter ohne Grenzen ist die Quelle, werden dort neben Wladimir Putin oder Nicolás Maduro auch Brandon Carr genannt. Hieran würden sich meine Fragen anschließen. Zum einen würde mich interessieren: Können Sie diesen Vorgang, diesen Komplex, genauer erläutern, was Sie mit der Aussage meinen, mit diesem Beispiel? Die zweite Frage schließt sich direkt an: Was geschieht eigentlich, wenn wir schweigen, also wenn wir zu diesen Desinformationen schweigen, was sind die Folgen davon?

Stefan Liebich (Sachverständiger): Vielen Dank für die Frage, Frau Fey. Das knüpft auch an die Frage von Ralf Stegner zur Rolle der demokratischen Staaten an. Ich glaube, wir schwächen uns selbst, wenn wir die not-wendige Kritik, die hier auch mehrfach geäußert wurde und zu Recht geäußert wurde, an Russland und China, nicht auch ergänzen, um das, was bei unseren Verbündeten geschieht und da haben wir in den USA gerade eine sehr besorgniserregende Entwicklung. Die FCC, die *Federal Communication Commission*, das ist die Medien Regulierungsbehörde in den USA, eigentlich ist das eine unabhängige Institution. Donald Trump hat hier einen Vorsitzenden ernannt, der heißt Brandon Carr und der hat seine Unabhängigkeit dadurch demonstriert, dass er einen goldenen

Anstecker mit dem Kopf von Donald Trump an seinem Jackett getragen hat. Als kürzlich die sehr beliebte *Late Night Comedy* Sendung von Jimmy Kimmel vom Sender genommen wurde, passierte das, nachdem dieser Chef der Regulierungsbehörde folgendes Statement in einem rechten Podcast machte. Er sagte, wir können das auf die einfache oder auf die harte Tour machen. Diese Unternehmen – also die, die die Sendung ausstrahlen – können Wege finden, ihr Verhalten zu ändern, um gegen Kimmel vorzugehen oder es wird zusätzliche Arbeit für die FCC geben. Daraufhin haben die Kabelnetzbetreiber, die wirtschaftlich abhängig von bestimmten Entscheidungen der FCC sind, die Sendung, die Brandon Carr und Donald Trump nicht gefiel, weil der Präsident dort kritisiert wurde, vom Sender genommen. Es gibt noch eine verbliebene Demokratin in dieser unabhängigen Behörde, die sagt, das Ziel ist es, die Unternehmen im Voraus zur Kapitulation zu bewegen, sodass die FCC oder die Regierung gar nicht erst das Wort ergreifen müssen, die Drohungen geschehen in voller Absicht. Leider ist das kein Einzelfall. Ein anderer Kritiker des Präsidenten, Stephen Colbert, hat von seinem Sender mitgeteilt bekommen, dass seine Sendung ebenfalls vom Sender genommen wird. Donald Trump hat das öffentlich bejubelt. Die regierenden Republikaner haben die staatliche Unterstützung für das, was dem deutschen öffentlichen Rundfunk noch am nächsten kommt, nämlich NPA und PBS gestrichen. Ich erwähne das deshalb – wenn Deutschland Desinformation von autokratischen Kräften aus dem Ausland etwas entgegenstellen will, dann dürfen wir diesen Weg nicht gehen, weil dann keine Mittel mehr vorhanden sind, eine Meinungspluralität zu sichern. Wir brauchen starke öffentlich-rechtliche Medien und wir brauchen unabhängige Regulierungsbehörden. Ich würde außerdem hier anfügen – das ist ein persönlicher Aspekt –, dass ich leider diese interessante Veranstaltung jetzt verlassen muss, weil die Fraktionsvorsitzende der Linken Heidi Reichinnek gerade in New York City ist und den Botschafter Deutschlands bei den Vereinten Nationen besuchen möchte und um meine Begleitung gebeten hat. Ich habe dies vorher der Vorsitzenden mitgeteilt und bitte um Nachsicht, dass ich bei der dritten Frageunde nicht mehr anwesend sein kann. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, dass Sie bis jetzt



anwesend waren. Eigentlich war eine dritte Runde auch nicht geplant; das werden wir jetzt sehen, ob es eine solche noch gibt. Danke schön. Wir wären nämlich am Ende unserer Fragerunden, aber wir haben noch ein wenig Zeit. Wenn die Kolleginnen und Kollegen wollen, schließen wir eine kurze Fragerunde an. Hierfür würde ich vorschlagen, Fragen jeweils an nur einen Sachverständigen zu richten, dann kommen wir ganz gut mit der Zeit hin. Wenn Sie einverstanden sind, dann machen wir das so. Ich sehe, Kollegin Winkelmeier-Becker würde gerne eine Frage stellen. Bitte.

Abg. Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ich weiß noch nicht an wen ich die Frage richte, vielleicht an Sie, Herr Gehringer. Die ersten Problemfälle und Urteile des Bundesverfassungsgerichts zum Thema Meinungsfreiheit, Rundfunkurteile, haben damals noch den Schwerpunkt gesetzt, Rundfunk, Meinungsbildung muss staatsfrei sein. Dann ist die Entwicklung weitergegangen, jetzt haben wir plötzlich die Einschränkungen der Meinungsfreiheit nicht vom Staat, sondern aus der Gesellschaft oder aus undefinierbaren Lagern, wie gerade jetzt beschrieben, anderer Staaten. Wir haben die Konsequenz, dass der Staat eigentlich derjenige ist, der einschreiten muss, der helfen soll. Wir waren die ersten, die regulierend eingegriffen haben, mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz und hatten die ganze Diskussion dort. Eigentlich war unsere Strategie, das beim Bundesamt für Justiz oder wo auch immer, ein plurales gesellschaftliches Gremium gebildet werden soll. Das war auch die Lösung des Bundesverfassungsgerichts, deshalb haben wir die Rundfunkräte und dergleichen. Was ist jetzt, aus Ihrer Sicht, die beste Struktur – also in Mischung von gesellschaftlicher Pluralität, die aber möglicherweise manipulierbar ist, staatlicher Eingriffsbefugnis und Aufgabe, um zu gewährleisten, dass wir am nächsten dran sind an Meinungsvielfalt und auch Richtigkeitsgewähr.

Ferdinand Alexander Gehringer (Sachverständiger): Danke für die Frage, die nochmals ein, zwei weitere Aspekte mit aufgreift. Ich glaube, wenn wir uns die aktuelle Regulierung anschauen – und da muss ich natürlich auf den DSA eingehen, der die gesamten Strukturen, die Sie angesprochen haben, nochmal erweitert, weil wir diese digitalen Plattformen haben, die sich nicht einfach mit Rundfunkräten gleichsetzen lassen; man kann diese auch nicht

einfach partizipieren lassen, weil sie von der Struktur ganz anders aufgebaut sind. Dann muss ich sagen, dass wir mit dieser Regulierung momentan dahingehend noch Schwierigkeiten haben – da stimme ich dem Vorredner zu –, was die Umsetzung und Durchsetzung angeht. Weil wir Begriffe in das deutsche Recht, und damit auch in das deutsche Verfassungsrecht, einführen, die eigentlich so gar nicht vorgesehen sind. Beispielsweise Hass und Hetze, aber auch illegale Inhalte an sich, das kennt unsere Verfassung per se erstmal nicht. Wir versuchen uns jetzt aber mit dem hohen Gut der Meinungsfreiheit und der Meinungsäußerungsfreiheit einer gewissen Beschränkung, eines Interessenausgleiches daran anzunähern und sind da noch nicht auf dem letzten Pfad gekommen. Da stehen wir jetzt gerade neben anderen Umsetzungsproblemen im *Digital Service Act*. Ich glaube, dass wir, was die Strukturen und die Regulierung oder auch den Eingriff des Staates über die Rundfunkräte angeht, sehr zurückhaltend sein sollten; dass wir lieber den Fokus auf den Journalismus richten, dass wir von staatlicher Seite versuchen, uns manipulierten Informationen dahingehend zu nähern, dass wir sie erkennen, dass wir sie auch öffentlich publik machen, dass wir sie früher erkennen. Ich würde den Schwerpunkt von der Struktur her – wenn wir es schaffen, eine Einrichtung zu bekommen, die *Pre-bunking* in den Fokus nimmt; die sagt, wir erkennen schon vorher Kampagnen, wir erkennen Narrative – und das machen größere Unternehmen im Vorfeld von Großereignissen auch, dass sie den Informationsraum überwachen und scannen und schauen, gibt es da eine Kampagne, die gegebenenfalls auf uns zukommen könnte. Beispielsweise die Fußball-WM in Katar, bei der viele Unternehmen Sorge hatten, dass irgendwelche Rufschädigungen kommen, weil man gewisse Themen auch in Katar hatte; dass wir früher diese Narrative erkennen, um sie dann auch in der Bevölkerung anders zu hinterlegen, also davor zu warnen. Das wäre ein Ansatz zu sagen, wir müssen Warnungen viel stärker an die einzelne Person richten, das wäre eine strukturelle Herangehensweise. Ich würde die Rundfunkräte nicht berühren, aber leider muss man sagen, dass die sozialen Medien da nicht ausreichend abgebildet sind und man müsste wahrscheinlich den *Digital Service Coordinator*, der bei der Bundesnetzagentur eingerichtet wird und eben für die Umsetzung und Durchsetzung des *Digital Services Act* die Federführung hat, versuchen noch stärker



zu integrieren. Aber das wird, wenn wir das hohe Gut der Meinungsäußerungsfreiheit haben wollen und das nicht zu stark einschränken wollen, gerade verfassungsrechtlich – das haben wir letzte Woche noch intensiv diskutiert. Es gibt beispielsweise ein Modell der *Trusted Flagger*, bei dem man schauen kann, ob dieses schon jetzt praxistauglich ist. Die Idee an sich ist nicht schlecht. Aber müsste man da nicht nochmal prüfen, dass man die Anforderungen an *Trusted Flagger* so ansetzt, dass es nicht einer Inhaltskontrolle gleichkommt - da müssen wir aufpassen. Das strukturell anzugehen, ist ein schmaler Grat, weil wir uns in dem Zusammenhang auch ganz schnell von staatlicher Seite den Vorwurf gefallen lassen müssen: Wo haben wir denn jetzt ein Wahrheitsministerium? Das war die Kritik, die häufig in Schweden aufkam bei der *Psychology Defense Agency*, die aber letztlich auch nur den Informationsraum überwacht und monitort, um dann den Schwerpunkt auf *Prebunking* zu legen, und dann zu schauen, wie man bei aufkommenden Kampagnen frühzeitig die Breite der Bevölkerung davor warnen kann. Da finde ich die Idee, wir haben eine Warn-App, ob man das vielleicht in diese integriert, nicht ganz uncharmant. Aber ich würde ungern ein Gremium nehmen, das die Rundfunkfreiheit stärker begrenzt oder noch stärker in Mitleidenschaft zieht, weil wir eben dieses hohe Gut haben. Da ist auch letztlich das Verfassungsgericht künftig gefragt, wie wir diesen digitalen Raum, den wir auch begrifflich ganz anders greifen wollen als bisher, mit unserem bestehenden Rechtsverständnis, miteinander vereinbaren können. Danke.

Die **Vorsitzende**: Herr Dr. Rothfuß, Sie haben auch noch eine Frage.

Abg. Dr. Rainer Rothfuß (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich würde meine Frage gerne an Dr. Johannes Hillje richten. Es geht mir um die Kommunikation während der Corona-Zeit; da war die Kommunikation global aufgestellt. Hierzu die Frage: Was können wir aus den Fehlern lernen, die gemacht wurden? Sie sind Politik- und Kommunikationsberater, vielleicht können Sie uns Ratschläge geben, denn es wurde in der Kommunikation teilweise eben nicht der Wissenschaft gefolgt. Das wissen wir aus den Protokollen des Robert-Koch-Instituts (RKI), dass bei der politischen Kommunikation gegen wissenschaftliche Sachverhalte

verstoßen wurde. Das war dem RKI auch bekannt, aber sie konnten die Politik nicht einbremsen. Jetzt hat ein Gericht – das ist auf *Legal-Tribune-Online*, eine juristische Expertenplattform, veröffentlicht – LinkedIn in Deutschland Recht gegeben. Sie durften Kommunikation und Nachrichten löschen, auch wenn sie wahr waren, nur weil sie WHO-Aussagen widersprochen haben. Die haben sich aber verändert; jetzt ist es so: Es gab zum Beispiel *Social-Listening-KI*, die hat während der Pandemiezeit verschiedene Social-Media-Plattformen in neun Sprachen in 30 Ländern gescannt und geschaut, wo es Informationen gibt, die zum Beispiel dem Narrativ widersprechen, dass die Impfung wirklich schützt und hilft. Dann wurden die Algorithmen heruntergefahren oder es wurde gelöscht, Kanäle gesperrt etc. Jetzt ist ein neuer Schwerpunkt, dass man die Infodemie – also ähnlich wie die Pandemie – in Zukunft bekämpft – das wäre eine Art *Prebunking*, wie es gerade Herr Gehringer gesagt hat –, aber ich erkenne da jetzt eher ein Machtinstrument, das wahrscheinlich das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Medienberichterstattung noch weiter aushöhlen würde und das kann nicht in unserem Sinne sein. Was würden Sie raten, sollten wir aus diesen Erfahrungen lernen? Danke.

Dr. Johannes Hillje (Sachverständiger): Ich greife das Stichwort *Prebunking* in dem Zusammenhang gerne auf, weil ich das für ein wirksames Instrument halte. Es geht beim *Prebunking* nicht so sehr darum, eine antizipierte einzelne Desinformation im Vorhinein richtigzustellen, sondern wenn wir beispielsweise eine Pandemie haben – und wir haben die Erfahrung aus der Corona-Pandemie, dass es ein sehr hohes Desinformationsaufkommen gab –, dann können wir mit dieser Information aus der letzten Pandemie zu Beginn einer möglichen nächsten Pandemie die Bevölkerung darüber aufklären, dass solche Krisensituationen in Gesellschaften von bestimmten Akteuren ausgenutzt werden, um Informationsmanipulationen zu betreiben. Das ist bei Kriegen ganz genauso. Es gibt dann immer diese Binse: Als erstes stirbt die Wahrheit im Krieg. Das ist im Grunde schon fast eine Form des *Prebunkings*, wobei das natürlich in dem Fall sehr oberflächlich ist, weil es darum gehen muss -. Damit, darüber haben wir heute viel gesprochen, einzelne Bürgerinnen und Bürger, widerstandsfähiger werden gegen Desinformation, muss man



verstehen, welche Mechanismen, welche Strategien, welche Narrativstrukturen, Desinformationen benutzen. Es geht darum, Emotionen zu bedienen. Es fiel das Stichwort Verschwörungserzählungen, die auch mit ganz bestimmten Narrativstrukturen arbeiten. Darüber eine Aufklärung zu Beginn solcher Krisensituationen zu schaffen, hielte ich für eine gute Lehre aus der letzten Pandemie und auch für eine geeignete Situation, um mit so einem *Pre-bunking*-Ansatz Richtung Gesellschaft zu wirken.

Die **Vorsitzende**: Dann haben wir noch eine Frage von Dr. Stegner.

Abg. Dr. Ralf Stegner (SPD): Ich würde gerne bei einem Komplex ansetzen, den der Kollege Abraham vorhin angesprochen hat; das wurde in praktischer Form getan, ich würde es auf etwas anderes beziehen und Herrn Hillje fragen. Wir haben eine Fraktion im Deutschen Bundestag, die mit Desinformation und anderen Dingen agiert, wo wir dann von Herrn Musk und anderen hören, es sei eine Einschränkung von Meinungsfreiheit, wenn bei uns das Bundesverfassungsgericht solche Dinge überprüft. Da nenne ich mal drei Beispiele. Die Behauptung, es gäbe keinen menschlich gemachten Klimawandel – das kann man nur sagen, wenn man Wissenschaft einfach ignoriert, aber das ist ein offenkundiger Punkt. Oder ein zweiter, die Forderung nach Massendeportationen von deutschen Staatsbürgern, was dem Grundgesetz widerspricht. Und um ein drittes Beispiel zu nennen, ich habe in der letzten Dezember-Sitzung kurz vor Weihnachten – da ging es um die Überwachung der AfD durch den Verfassungsschutz und die haben dagegen einen Antrag gestellt – zitiert, öffentlich nachgewiesene Zitate von AfD-Funktionären, und zwar Spitzenfunktionären. Ich will nur ein Zitat nennen, damit Sie wissen, welche Qualität es hat. Da hat zum Beispiel einer gesagt: „Wir haben inzwischen wieder so viele Ausländer, da würde sich ein neuer Holocaust lohnen“; es gibt Zitate ähnlicher Provenienz. Die Frage für mich ist: Was Sie uns als Politik empfehlen würden im Umgang damit, um das Übel nicht noch zu verstärken – das ist in Teilen das, was gelegentlich kommentiert wird – und zweitens, um damit das Stichwort wehrhafte Demokratie in praktisches Tun zu übersetzen, und nicht nur zu fragen, was tun wir im Sinne von aufsichtsrechtlichen Dingen. Wenn Sie vielleicht noch sagen

könnten: Was hindert uns daran, diese europäischen Strukturen aufzubauen, im öffentlich-rechtlichen Bereich, außer Geld, aus Ihrer Sicht?

Dr. Johannes Hillje (Sachverständiger): Ich bin dankbar, dass Sie noch einmal die globale Vernetzung ansprechen, weil ich glaube, dass wir tatsächlich mit der neuen US-Administration einen Akteur sehen, der Teil dieser globalen Kommunikationsallianz geworden ist, von der ich in meinem Eingangsstatement gesprochen habe, der selbst Desinformationsnarrative benutzt. Nicht um selber – ich würde noch nicht so weit gehen, dass das eine hybride Kriegsführung ist, aber es folgt der Logik hybrider Angriffe, die wir auch aus anderen Staaten kennen. Ein Beispiel ist tatsächlich die Verunklarung des Begriffes der Meinungsfreiheit. Wir sprechen bei Desinformation nicht nur – das kam heute schon von Kolleginnen und Kollegen zur Sprache – über die eindeutige Falschaussage, über die eindeutige Lüge. Es geht um die Verunklarung von Begriffen, auch relativ klar definierten rechtlichen Begriffen oder Gütern, die qua Gesetz oder Verfassung definiert sind – wie es bei der Meinungsfreiheit der Fall ist. Wenn jemand wie der Vizepräsident der USA bei der Sicherheitskonferenz in München eine lange Rede hält, nicht über Sicherheit, sondern über die angebliche Bedrohung der Meinungsfreiheit in Europa – es mag hier und da Fälle geben, wo man Kritik üben kann, aber in dieser pauschalen Verurteilung, dass Länder wie Deutschland und andere europäische Länder auf dem Weg in eine Diktatur seien, das fällt unter den Begriff der Desinformation und das wird auch von der AfD in Deutschland aufgegriffen. Die Allianz besteht meines Erachtens zwischen der Bewegung um Donald Trump herum, auch MAGA-Bewegung genannt, und der AfD im Parlament, und das glaube ich, muss man sich bewusst machen, wenn wir diese Debatten führen über Meinungsfreiheit. Sie sollen gezielt lanciert werden, weil die US-Administration sehr nah dran ist, wie wir wissen, an den Besitzern dieser Plattformen. Wir haben heute schon viel drüber gesprochen, dass es da ein Interesse der US-Regierung gibt, die Regulierung durch Europa zu verhindern. Ich möchte noch kurz auf Ihre letzte Frage, die ein etwas anderes angetippt hat, zu sprechen kommen, aber die finde ich sehr wichtig: Was hält uns eigentlich davon ab, in Europa mehr zu tun? Ich habe mich schon vor vielen Jahren mit der Frage der europäischen digitalen



Souveränität beschäftigt und wer da was machen müsste. Ich würde es sehr begrüßen, wenn es Initiativen aus der freien Wirtschaft geben würde, beispielsweise ein europäisches Medium zu entwickeln. Es gab mal Versuche wie *Euronews*, die meines Erachtens gescheitert sind, auch falsch aufgelegt waren; aber es gibt so etwas wie eine europäische Rundfunkunion. Ich merke, wenn ich mit Akteuren wie ARD und ZDF darüber rede, viel stärker europäisch zu kooperieren, zum Beispiel im Sinne einer europäischen Digitalplattform, dass es da starke nationale Abwehrreflexe gibt. Sie sind nicht wirkungslos, was den öffentlich-rechtlichen Rundfunk angeht und haben da einen gewissen Einfluss. Ich habe das Gefühl, man muss den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland, aber auch die, die im Europäischen Verbund zusammengeschlossen sind, noch viel stärker motivieren und möglicherweise auch mehr Druck ausüben, dass sie ihre gemeinsame Kraft und Macht nutzen, um ein europäisches Gegengewicht, um europäische Gegenalternativen zu entwickeln.

Die **Vorsitzende**: Herr Mijatović.

Abg. Boris Mijatović (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich richte meine Frage noch einmal an Dr. Shen und finde, die Debatte zeigt, dass wir sehr unterschiedliche Herausforderungen haben. Wir in Europa stehen in einem anderen Debattenstrang als Sie in Taiwan. Sie stehen seit Jahren vor einer millionenfachen täglichen Herausforderung ausgehend vom Festland-China mit Narrativen, mit *Memes*, mit *Content-Farms*. Sie haben das in Ihrer Conclusio gesagt: Drei Prozent der *Accounts* produzieren ein Drittel des *Traffics*. Das muss man sich einmal vorstellen. Wir haben hier ähnliche Studien, welche Partei mit welchem Input, welche vom Algorithmus geförderte Präsenz hat. Nichtsdestotrotz habe ich den Eindruck, Sie können hier eine Menge mitnehmen, aber vor allen Dingen können wir von Ihnen auch eine Menge lernen. Ich würde gerne auf die Gründung von *Doublethink Lab* zu sprechen kommen. Sie haben gerade gesagt, das Ermitteln der Strukturen hinter dem, was online passiert, ist das eigentliche Kernziel, was man betreiben muss. Eine starke, unabhängige Zivilgesellschaft, die sich aufmacht, diese Algorithmen zu durchforsten. Können Sie beschreiben, wie groß der Aufwand ist, weil die Algorithmen sind so

etwas wie – kann man das so sagen? – das Coca-Cola-Rezept der *Companies*. Die lassen sich da nur schwer in die Karten gucken. Auch diese Frage von *Storytelling*. Sie haben einen Gegner, der sitzt 90 Meilen jenseits der Straße von Taiwan. Wir haben offensichtlich, wie Kollege Stegner das eben sagte, einen Gegner, der bereits hier im Haus unterwegs ist. Ich weiß, dass die Unterschiede an der Stelle nicht größer sein könnten, aber vielleicht können Sie uns doch noch einen Tipp geben, bevor wir selbst *Doublethink Lab* hier auf den Weg bringen, vielleicht wie wir das *Storytelling* mit dem alten Mittel des Fernsehens und der Zeitung noch werkstelligen oder konterkarieren können.

Dr. Puma Shen (Sachverständiger): Danke für die Frage. Ich beginne mit einem Vergleich zwischen Russland und China, denn häufig wird die Frage gestellt, ob es einen strategischen Unterschied zwischen beiden Ländern gibt. Wenn wir uns Russland und seine die hybride Kriegsführung ansehen, so arbeitet das Land sehr zentralisiert. So lässt sich auch die Ideologie dahinter erkennen. China agiert anders, seine Strategie ist ausgesprochen dezentral angelegt. Zu viele Abteilungen sind involviert. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen sind am Informationskrieg Chinas beteiligt. Das ist ein Unterschied. Der andere sind die Offline-Gerüchte, die ich bereits angesprochen habe, und darin ist China meiner Meinung nach wirklich effektiv. Sie nutzen erfolgreich das Netzwerk der Vereinigten Arbeitsfront, um Gerüchte lokal zu verbreiten. Wir konnten zuweilen beobachten, dass ausgewählte Gerüchte in ausgewählten Gebieten Taiwans verbreitet wurden, was Chinas Fähigkeiten im *Mikrotargeting* unterstreicht. Angesichts dieser Vorgehensweise fragt man sich oft: Wer ist einflussreicher – Leute mit einer Million *Follower* oder Leute mit 5.000 *Followern*? In Chinas Fall lautet die Antwort, dass Menschen mit 5.000 *Followern* tatsächlich mehr Einfluss haben. Wenn man 100 oder sogar 1.000 *Mikro-Influencer* findet, kann man *Mikrotargeting*-Maßnahmen für eine Großzahl verschiedener Gruppen durchführen. Wie lässt sich dem Einhalt gebieten? Durch die Arbeit von *Doublethink* haben wir herausgefunden, dass China zunächst private Informationen sammelt, wenn es ein Gerücht online verbreiten will. So führen sie beispielsweise Psychologie-Tests auf Facebook durch. Klickt man darauf und stellt seine Informationen zur Verfügung, werden wichtige Daten gesammelt,



um die Teilnehmer zu kategorisieren. So lässt sich feststellen, welchen Gruppen leichter angreifbar als andere sind. Um diesen Prozess gleich am Beginn zu unterbinden, reicht Medienkompetenz den Ergebnissen meiner eigenen Studie zufolge nicht aus. Man muss dem öffentlichen Publikum bewusst machen, wie wichtig der Schutz der eigenen Privatsphäre ist, wie dies in Europa die DSGVO tut. Zweitens: Was können wir tun, wenn wir all diese Knotenpunkte davon abhalten wollen, Desinformation zu verbreiten? Der erste Schritt besteht, wie gerade erwähnt, im Sammeln persönlicher Informationen seitens China. Im nächsten Schritt werden mehrere soziale Medien genutzt, um Gerüchte zu verbreiten. Daher ist es sehr wichtig, dass wir mit *Social-Media*-Plattformen zusammenarbeiten. Hier in Taiwan haben wir jedoch nicht genügend Einfluss, um *Social-Media*-Plattformen zu Maßnahmen zu bewegen. Ich glaube, die EU oder vielleicht die USA haben diese Macht. Es gab mehrfach Anhörungen in den USA, bei denen Facebook- und andere Manager über Algorithmen sprachen, und die USA übte Druck aus, um diese Unternehmen zu Korrekturen zu veranlassen. Diese müssen in der Folge gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen weltweit ermitteln, wie sie ihren Algorithmus korrigieren können. Doch wir sind gegenwärtig mit TikTok konfrontiert. TikTok wird nicht nur von Singapur, sondern auch von China betrieben. Das bedeutet, dass der Algorithmus in chinesischem Besitz ist. Das Problem besteht zunächst darin, dass man China nicht auffordern kann, den Algorithmus zu korrigieren. Das ist ein Aspekt. Ein anderer ist, dass China TikTok zur Bestechung von *Online-Influencern* benutzt. Wäre ich beispielsweise *Influencer* auf YouTube und China will mich bestechen, so müssten sie mir kein Geld anbieten: Sie würden mich bitten, ein TikTok-Konto zu eröffnen, und sie würden mir gefälschte TikTok-Aufrufzahlen schenken – so würde das vor sich gehen. Damit gewinne ich Aufmerksamkeit und kann Geld verdienen. Und deshalb ist TikTok so mächtig. Es kann als Waffe dienen, als Bestechungsmittel für *Influencer*. Meiner Meinung nach gibt derzeit keine reelle Möglichkeit, diesem Algorithmus Einhalt zu gebieten. Dennoch sind sich die Leute der Verhältnisse bewusst und bezeichnen sie, in Chinas Jargon, als Kriegsführung um die öffentliche Meinung. Es handelt sich nicht nur um Desinformation, sondern um einen Meinungskrieg. Und China nutzt dafür kriegerische Strategien. Medienkompetenz

allein reicht also nicht aus, um dieser kriegerischen Art von Desinformation zu begegnen. Danke.

Abg. Dr. Rainer Rothfuß (AfD): Ich bitte, zum Schluss der Sitzung etwas zu Protokoll geben zu können.

Die **Vorsitzende:** Eigentlich gibt es bei einer Anhörung keine Protokollerklärungen. Wir kommen jetzt erst einmal zur Frage der Fraktion Die Linke. Frau Fey.

Abg. Katrin Fey (Die Linke): Ich würde meine letzte Frage an Dr. Hillje richten. Es geht nochmal um Desinformation unterhalb des staatlichen Levels. Kampagnen, Desinformation, wie immer man das nennt, haben wir auch in Deutschland erlebt. Das war ein Angriff auf das Herz der Demokratie mit Frauke Brosius-Gersdorf. Da würde mich zum einen interessieren, wie kann eine Kampagne oder eine Desinformation so erfolgreich werden? Dass das tatsächlich so stark verfängt im aufgeklärten Bereich, direkt im Parlament. Die andere Frage ist, wie kann man da eine Bremse einbauen? Gibt es einen *Break*? Gibt es einen Mechanismus, können Sie sich da etwas vorstellen, das solche Kampagnen sofort stoppt? Was hätte eine gute Wirkung, damit wir auch zukünftig geschützt sind.

Dr. Johannes Hillje (Sachverständiger): Die Kampagne gegen Frauke Brosius-Gersdorf war – finde ich – ist ein spezieller Fall. Sie betraf vor allem die Unionsfraktion. Es gab eine Kampagne, das will ich erstmal feststellen – das kann man gut durch Datenanalysen zeigen – wie bestimmte Plattformen, ich würde sie Desinformationsplattformen nennen, sehr gezielt bestimmte Falschinformationen in Bezug auf die Positionen von Frauke Brosius-Gersdorf gestreut haben. Ich glaube aber nicht, dass das beliebig bei jedem Thema so passieren könnte. Das Thema, um das es hier ging, nämlich Schutz des ungeborenen Lebens, ist für die Unionsfraktion ein sehr sensibles, sehr wichtiges Thema, das wussten offenbar die Kampagnenmacher. Deswegen haben sie gerade zu diesem Thema die Positionen der Richterin verdreht und im Grunde so zugespitzt, dass es sich dann um eine Falschaussage handelte. Trotzdem wunderte es mich, dass solche Falschinformationen so eine Wirkung erzielen können. Das



– muss ich sagen – hat nicht nur etwas mit der Verbreitung durch bestimmte Plattformen und Portale zu tun, sondern sicher auch damit, wie dann innerhalb einer Bundestagsfraktion darüber reflektiert und intern gesprochen wird, ob man sich davon beeindruckt lässt oder nicht. Trotzdem muss man der Fraktion zugestehen, dass sie diesen Personalvorschlag ablehnen kann, das ist nicht die Frage. Aber es geht darum, lehnt man einen Vorschlag auf Basis einer Desinformationskampagne oder aufgrund von sachlichen Gegenargumenten ab, die man hat. Letzteres ist vollkommen legitim. Ersteres hielte ich für eine demokratische Fraktion nicht für wünschenswert. Ich glaube auch nicht, dass das in letzter Instanz so passiert ist, aber trotzdem hat diese Kampagne Einfluss gehabt, das würde ich schon sagen. Ich glaube, es ist mehr die Frage, dass man sowas antizipieren muss als Fraktion, dass es solche Kampagnen gibt. Das heißt, man muss sich intern sehr gut koordinieren und absprechen, dass so etwas, was dann im Umlauf ist, keinen größeren Einfluss hat. Wie groß der Einfluss ist, das können wir jetzt gar nicht beurteilen. Wir können nur sagen, dass es da war; wir können Reichweiten vermessen. Aber ich habe auch in meinen Statements zuvor zu dieser Kampagne nie gesagt, dass sich die Unionsfraktion davon maßgeblich hat beeinflussen lassen.

Die Vorsitzende: Jetzt sind wir am Ende der Frageunden. Ich hätte da noch vieles dazu zu sagen. Ich würde Ihnen jetzt vorschlagen, die Anhörung und die Übertragung an dieser Stelle zu beenden. Wir haben noch eine kleine Anschlussveranstaltung. Ich verabschiede die Zuschauerinnen und Zuschauer an den Bildschirm und bedanke mich nochmals herzlich bei allen Sachverständigen. Jetzt habe ich noch zwei Interventionen, einmal von der AfD-Fraktion, und einmal von der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. Dr. Rainer Rothfuß (AfD): Meine Intervention bezieht sich auf die Aussage von Herrn Dr. Stegner, die er in seine Frage verpackt hat, die eine klare, gerichtsfest belegte Desinformation enthalten hat, mit verleumderischem Charakter. Wir haben niemals von Deportationen gesprochen, keiner unserer Funktionsträger. Das hatten Sie gerade vorgebracht. Wenn Sie sich auf den von Korrektiv ventilierten sogenannten Skandal beziehen, dann ist das

mittlerweile gerichtsfest belegt. Das darf nicht mehr behauptet werden. Ich erwarte von Ihnen als Abgeordneter, dass Sie sich besser informieren und ich glaube auch, dass Sie besser informiert sind, und deswegen unterstelle ich Vorsatz und das finde ich einfach nicht richtig. Weil, wenn wir miteinander streiten, wenn wir uns als politische Gegner sehen, wie es Herr Mijatović gesagt hat, kann ich das akzeptieren. Das ist der normale Charakter von Demokratie. Aber wir problematisieren hier gerade, dass mit Desinformation nicht gearbeitet werden sollte und deswegen bitte ich, das festzuhalten, dass wir hier auf der Grundlage von Fakten miteinander debattieren. Danke schön.

Die Vorsitzende: Frau Winkelmeier-Becker.

Abg. Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, ich finde es schade, dass das nicht mehr in der Aufzeichnung mit drin ist und dass das so stehen geblieben ist, weil ich für mich und meine Fraktion wirklich in Anspruch nehme, dass eine Kampagne, die stattgefunden hat, nicht ursächlich war für eine Meinung, die sich einfach aus der Kenntnis der Person, Frauke Brosius-Gersdorf, und aus der detaillierten Auseinandersetzung mit ihrer Position ergeben hat. Das möchte ich hier im Kollegenkreis sagen und die Kausalität ernsthaft bestreiten. Es gab eine Kampagne, aber es gab auch eine eigene Kenntnis der Person und eine eigene Bewertung, ob die mit unseren Grundsätzen kompatibel ist, und die Antwort war einfach nein. Das hat mit der Kampagne, die nebenhergelaufen ist, überhaupt nichts zu tun. Die hat mich persönlich zum Beispiel überhaupt nicht erreicht. Schon in der Reihenfolge komplett unmöglich, und ich meine, ein professionelles Büro lässt so einen *Shitstorm* auch gar nicht bis zur Abgeordneten durch, jedenfalls meines. Ich wollte das hier zur Kenntnis geben und ich erwarte auch, dass das akzeptiert und nicht mehr falsch dargestellt wird.

Die Vorsitzende: Herr Dr. Stegner.

Abg. Dr. Ralf Stegner (SPD): Ich will nichts zu Protokoll geben, sondern nur – damit das nicht stehen bleibt, für die anderen Anwesenden – feststellen, erstens, ob man den Begriff Deportation verwendet oder nur den Inhalt davon meint, macht keinen Unterschied. Und zweitens, die rechtlichen Dinge, die



sich auf diesen Bericht bezogen haben, formale Kritikpunkte, die haben sich nicht auf den Kernsachverhalt bezogen, der nicht bestritten wird und insofern bleibe ich natürlich bei dem, was ich gesagt habe.

Die **Vorsitzende**: Vielleicht zur Erklärung: Wir

haben hier eine Anhörung. Das, was wir hier jetzt miteinander austragen, ist etwas anderes, weshalb wir auch die Übertragung beendet haben. Wir können uns gerne noch weiter darüber unterhalten, aber an anderer Stelle. Jetzt schließe ich die Sitzung.



Schluss der Sitzung: 16:16 Uhr

Mechthild Heil, MdB
Vorsitzende